

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,30 M., monatlich 1,10 M., wöchentlich 25 Pf., frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal. Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1897 unter Nr. 7437. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 3 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühren

Beträgt für die sechsgepaßene Kolonelle ober deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen, sowie Arbeitsmarkt 20 Pf. Inzerate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 6 Uhr vormittags geöffnet.

Verantwortlicher: Emil J. Nr. 1508. Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.

Dienstag, den 29. Juni 1897.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

Abonnements-Einladung.

Am 1. Juli eröffnen wir ein neues Abonnement auf den „Vorwärts“ mit der illustrierten Sonntags-Beilage „Die neue Welt“.

Die Aenderungen, die wir seit dem 1. Januar eingeführt haben, erfreuen sich des lebhaftesten Beifalls unseres Leserkreises, wie schon das fortwährende Steigen unserer Abonnentenzahl beweist.

Unsere literarische u. Volkswirtschaftliche Rundschau werden allgemein als bedeutungsvolle Bereicherung des Inhalts unseres Blattes angesehen. Durch unsere Unterhaltungs-Beilage

ist dem Unterhaltungsbedürfnis unserer Leserinnen und Leser in reichstem Maße Rechnung getragen worden, ohne daß wir darum auf das niedere Niveau des Sensationalismus herabgesunken wären. Auch in der Unterhaltung soll der Geschmacksverfeinerer, der Geist erweitert und erhoben werden.

Der Roman „Cesarine“ von Richerin, der sich ungewöhnlichen Beifalls erfreut, wird im Laufe des neuen Quartals zu Ende geführt werden. Neue Abonnenten erhalten den bereits erschienenen Theil des Werkes nachgeliefert.

Auf politischem Gebiet bereiten sich Ereignisse von größter Tragweite vor. Der „Vorwärts“ wird nicht bloß seinen Leserkreis stets auf dem Laufenden halten, er wird auch allezeit ein furchtloser Führer sein und unerschrocken die Wahrheit aussprechen.

Jetzt, wo die bürgerlichen Parteien sich unfähig gezeigt haben, der frech die Volksrechte bedrohenden Reaktion Halt zu gebieten, ist es Sache der Sozialdemokratie, die bürgerlichen Freiheiten zu verteidigen und die Rechte des Volks zu wahren und zu erweitern.

Daß der „Vorwärts“ über den Weltangelegenheiten und den deutschen Angelegenheiten auch die Berliner Angelegenheiten nicht vergißt, das haben wir nicht nöthig denen zu sagen, die den „Vorwärts“ lesen.

Es giebt kein zweites Blatt, welches das gesammte geistige und öffentliche Leben der Reichshauptstadt so treu und so vollständig abbildet, wie der „Vorwärts“.

Und wir haben darum ein Recht, von allen, die unser Streben billigen, und namentlich von den Parteigenossen, es als Pflicht zu verlangen, daß sie für die weiteste Verbreitung des „Vorwärts“ thätig sind.

Für Berlin nehmen sämtliche Zeitungs-Expediteure sowie unsere Expedition, Beuthstr. 3, Bestellungen entgegen zum monatlichen Preise von

1 Mark 10 Pfennige frei ins Haus. Für außerhalb nehmen sämtliche Postanstalten Abonnements zum Preise von

3,30 M. für die Monate Juli, August und September

entgegen. (Eingetragen in der Post-Zeitungsliste für 1897 unter Nummer 7437.)

Redaktion u. Expedition des „Vorwärts“.

Die Regierungsblindheit in Italien.

Von Professor Enrico Ferri.

I.

Gegenwärtig entwickelt sich die ganze Politik mehr oder weniger überall, besonders aber in Italien innerhalb der zwei Endpunkte: wirtschaftliche Erschöpfung und existenzbedrohender Polizeidruck.

Nach dem Wahrspruch des italienischen Proletariatsbewußtseins, von dem ich Ihnen in meinem letzten Brief anlässlich des Ergebnisses der letzten allgemeinen Wahlen, vom 21. März, sprach, welche die sozialistischen und republikanischen Stimmen verdreifachten, erwartete man, daß das Ministerium Rudini eine Politik verfolgen würde, die mit der Erklärung, die es einige Zeit vorher gegeben: daß es konservativ-liberal sei, besser im Einklang sein würde. Von den zwei Begriffen dieses Doppelwortes: konservativ-liberal, die ohne die konventionelle Lüge der parlamentarischen Sprache einander absolut widersprechen würden, wurde aber weder der eine noch der andere durch die Regierungspolitik erfüllt. Der König konnte in seiner Rede zur Einweihung der neuen Abgeordneten-Kammer huldreichst die Erklärung erneuern, die seitdem ein königlicher Gemeinplatz geworden ist, nämlich daß man soziale Reformen machen und an die Verbesserung des Looses der „niederen Klassen“ denken müsse, nachdem es gelungen sei, die Macht des Gesetzes zur Geltung zu bringen durch Unterdrückung der Volksaufstände in Sizilien und Ligurien, die dem

Ministerium Crispi den Vorwand zum Belagerungszustand und zu den Ausnahmegeetzen gegeben hatten.

Und das Ministerium Rudini, dem allein unser Krieges-unglück in Afrika es ermöglicht hat, dem Ministerium Crispi zu folgen, trat in dem Augenblick, als Zeichen revolutionärer Erregung sich im Lande bemerkbar machten, mit dem Programm vor das Land: sowohl mit der afrikanischen, wie mit der moralischen Frage, das heißt, den gegen Crispi erhobenen panamistischen Anklagen anzukommen und das italienische Volk wieder in den Besitz seiner politischen Freiheiten zu setzen und seiner ökonomischen Erschöpfung abzuhelfen.

Die tägliche Chronik der Hauptereignisse in Italien, innerhalb und außerhalb des Parlaments, hat Ihnen den Beweis geliefert, daß kein Theil dieses vierfachen Regierungsprogramms verwirklicht worden ist. Im Gegentheil, kann man der erste überwältigende Eindruck des Wahlspruchs vorüber, der einen Augenblick die Augen der Verblendeten geöffnet, und das Elend und die Unzufriedenheit des Volks hatte sehen lassen, so lebte die Blindheit der Regierung wieder zurück und gewann die Oberhand, und in wenigen Wochen haben die Machthaber Beweise für die Wahrheit des französischen Wortes aufgehäuft: „Je mehr geändert wird, desto mehr bleibt alles beim alten.“

Was zunächst die Kolonialfrage anbelangt, so hatten wir in der Kammer eine lange Debatte über den von Professor de Marini begründeten Antrag der sozialistischen Gruppe, in dem wir die Forderung aufstellten, unsere afrikanische Kolonie vollständig aufzugeben.

Unserem Antrag — den die sozialistische Kammergruppe beiläufig zum ersten Male schon im Jahre 1885 bei den ersten Debatten über unser Kolonial-Unternehmen gestellt hatte — ungeachtet des heftigen mehr oder weniger künstlichen und oberflächlichen Kolonial-Enthusiasmus, der damals Mode war, — schlossen sich auch die Republikaner, und, was sehr charakteristisch ist, auch ein Theil der Konservativen von Nord-Italien an.

Der Führer dieser Fraktion der äußersten Rechten, Professor Colombo, der bereits Finanzminister war, hat offen und rückhaltlos unsere Forderung der völligen Aufgabe unserer Kolonie unterstützt, weil er klar und logisch die Interessen der industriellen Klasse des Nordens vertritt, die eine allgemeine Politik der Sammlung wünscht: den Austritt aus dem Dreibund und den Verzicht auf alle militaristische Politik, die das nationale Budget unentzählich belastet.

Für den sozialistischen Antrag, die afrikanische Kolonie aufzugeben, haben nicht weniger als 140 Abgeordnete gestimmt, gegen 220 für die Forderung der Regierung, die für allmähliche Einschränkung der Kolonialpolitik ist, unter Aufgabe von Cassala, welches Italien einzig und allein aus Gefälligkeit für England besetzt hat.

In Wirklichkeit konnte man zwischen den Worten heraus hören, daß Rudini persönlich auch für die vollständige Aufgabe unserer afrikanischen Kolonie ist, — es scheint aber, daß der König, dem Crispi das Bild eines „afrikanischen Reichs“ vorgepiegelt hat, dieser radikalen Lösung entgegen war, welche die einzig logische und praktische wäre, nachdem Italien unthätig in Afrika, von 1881 bis 1896, mehr als 6000 seiner Soldaten und mehr als eine Milliarde an Geld verloren hat.

Wie nach dem Sprichwort jedes Unglück auch seine gute Seite hat, so hatte der Partout unserer militärischen Unternehmens in Afrika den großen Vortheil für die sozialistische Partei, dem öffentlichen Bewußtsein die Sicherheit und Klarheit unserer politischen Voraussicht übergendend zur Erde mitzuführen zu bringen, denn das Lösungswort unserer Partei war stets selbst in der Zeit der tollsten Volksverblendung vergangen: „Nicht einen Mann, nicht einen Sou für die Kolonialpolitik!“

Auch für die Zivilisation selbst hat unser militärisches Unglück einen wohlthätigen Rückschlag zur Folge gehabt: in Italien hat der Militarismus jeden Kredit und jedes Ansehen verloren, wobergegen, hätte man in Afrika einigen Erfolg gehabt, wir durch eine militaristische Suprematie erdrückt worden wären, die immer zu den Wünschen der Dynastie Savoyen gehörte.

Die bürgerliche Entwicklung kann sich ihrer letzten Erscheinungsform (Phase), welche der wissenschaftliche Sozialismus voraussetzt und ankündigt, nur nähern, wenn sie durch den militaristischen Typus hindurch zum industriellen Typus des sozialen Bau's übergeht. Dies ist auch der Hauptgrund, warum die Sozialisten immer und überall gegen den Militarismus sind.

Militarismus bedeutet die atavistische Rückkehr zu den primitiven Zuständen der Wilden und Barbaren mit dem Befolge von Egoismus und nationaler Feindseligkeit statt jener internationalen Solidarität, welche der Industrialismus zum ausschließlichen Vortheil der Bourgeoisie zu befestigen strebt, und welche der Sozialismus zum Vortheil der gesammten Menschheit ohne Unterschied der Klassen verwirklichen wird.

In der afrikanischen Frage hat das Ministerium Rudini — zwischen der sozialistischen Forderung des Aufgebens, wofür unzweifelhaft die große Mehrheit des Volkes ist, und zwischen der Forderung der Kolonialpolitik der „nationalen

Ausdehnung“ und der Niederlagen, wie sie von den Trümmern der Crispi'schen Partei, die 58 Stimmen dafür anbrachten, bestritten wird — einen mittleren Standpunkt eingenommen: den der Einschränkung — eine Politik, die alle Nachteile der beiden extremen Standpunkte hat, ohne deren Vortheile.

Aber in den anderen Theilen seines Programms hat das Ministerium Rudini, statt in der grauen und neutralen Zone einer Politik des Fahren und Unfruchtbarens (Ekklesiastizismus) zu verbleiben, entschieden Gegenstand gegeben und sich damit im Widerspruch mit seinen Versprechungen und mit den Erwartungen des Landes gesetzt.

Was die moralische Frage der gegen Crispi erhobenen Anklagen betrifft, so spricht man seit Monaten von den neuentdeckten Schwindereien Crispi's, von Betrügereien im größten Maßstab, die ein Einschreiten des Staatsanwalts nothwendig machten — seit Monaten heißt es, die Staatsanwaltschaft werde vom Parlament die Ermächtigung zum strafrechtlichen Vorgehen gegen Crispi verlangen. Allein kein Antrag kommt, und jedermann ist der Meinung, auch diese neuesten Betrügereien und Unterschleife, an deren Begründetheit niemand zweifelt, würden abermals straflos bleiben.

Trotz den „Annonciation-Ordnern“, den Crispi hat, ist er thatsächlich „dem König nahestehend“ (confidant du roi). Hierin findet man einen Grund seiner Straflosigkeit. Einen weiteren Grund sucht man in der Rücksicht, welche die Monarchie in anbetend seiner großen Verdienste um die Monarchie auf ihn nehmen zu müssen glaubt (in Wirklichkeit hat er durch sein gewissenlos brutales Treiben, durch das Unglück in Afrika und durch das grausame Vorgehen gegen die sozialistische Partei die Grundlagen der Monarchie in Italien vollständig untergraben!). Und ein weiterer Grund, warum man Crispi nicht ansieht, liegt wohl in seiner Drohung, er werde, wenn man ihn verfolge, die schändlichsten Dinge enthüllen und vor niemand und nichts Halt machen.

So hat das Ministerium Rudini, das von der offiziellen Presse „das Ministerium der ehrlichen Leute“ genannt wird, um es von dem Ministerium Crispi zu unterscheiden, das, so lange es am Ruder war, von derselben Presse schmeichele-rißes Lob erhielt — so hat das Ministerium Rudini vor dem öffentlichen Bewußtsein sogar den Anspruch auf die Sympathie derer verwirkt, die gehofft hatten, es werde jene Formel — die freilich auch nur eine konventionelle Lüge ist — zur Richtschnur seiner Politik nehmen: „Das Gesetz ist gleich für alle.“

Aus England.

London, 28. Juni.

Großes Anzeichen in Indien. Rebellen-Tendenzen unter den Brahmanen und der indischen Intelligenz. — Neue Enthüllungen in Süd-Afrika Chamberlain's und Rhodes' Spiel im Jameson'schen Komplott. — Erfolge der Afsikhundenbewegung der Wajshimbaner. Wägender Stand der Organisation.

In den Jubiläumstagen haben die Nachrichten aus Indien ungewissheit die peinlichste Diffonanz gebracht. Die Proteste der Irländer hat niemand tragisch genommen, die Verhältnisse auf der grünen Insel sind heute wirklich nicht dazu angethan, die Deklamationen und Demonstrationen in Coft, Dublin und Kilbarny als mehr denn bloße Formalitäten erscheinen zu lassen, durch die eine liebgeordnete Tradition gefeiert werden sollte. Von einer tiefgehenden Unzufriedenheit unter den Irändern kann im Moment nicht die Rede sein. Aber in Indien fehlt es nicht an Agitationsstoff und Elementen, ihn auszubenten.

Daß die türkischen Siege in Thessalien auf die mohamedanischen Indier nicht ohne Rückwirkung bleiben würden, war voraussehen, wichtiger indes als deren Parteinahme für den Sultan scheint die Agitation unter den abergläubischen Brahmanen im Distrikt von Bombay zu sein, die in den sanitären Maßnahmen gegen die Pest Eingriffe in ihre religiösen Gewohnheiten erblicken, sowie die wachsende Mißstimmung unter der indischen „Intelligenz“ über das ungenügende Gebiet der Befähigungsmöglichkeiten, welche die englische Verwaltung ihr offen hält. Die englische Regierung hat sehr viel gethan, europäische Bildung in Indien zu verbreiten, aber mit der Heranziehung der gebildeten Indier zur höheren Verwaltung und Rechtspflege ist es noch sehr schlecht bestellt, wie englischerseits behauptet wird, wegen der überaus schlechten Erfahrungen, die man mit bisherigen Versuchen in dieser Richtung erzielt hat. Der Indier bleibe fast immer trotz europäischer Bildung Asiate hinsichtlich der Neigung zu Erpressung und Bestechlichkeit, bezw. Rücksicht. Gleichviel, ob das richtig oder nicht, diejenigen, von denen es gesagt wird, lassen es selbstverständlich nicht gelten, und fast mehr noch als der abergläubische Priester haßt der aufgellarte indische „Babu“ (Angehöriger der höheren indischen Gesellschaftsklassen) die englische Verwaltung. Dieser Haß macht sich in ungezügelter Weise in der immer mehr aufkommenden indischen Presse Luft, denn trotzdem ihre Herrschaft schließlich doch auf der Gewalt beruht, läßt die englische Regierung heute den Indiern die weiteste Pressfreiheit. Es müßte wunderbar zugehen, wenn sich unter solchen Umständen nicht geheime nationalistische Bewegungen unter den Indiern bilden sollten, und wenn man von der Sanftheit des „Blau“ spricht, so darf man nicht vergessen, daß Indier Rassen und Klassen von sehr verschiedenem Charakter birgt. Abkömmlinge von seit Jahrtausenden unterworfenen Völkern und Abkömmlinge von Völkern aus den Klassen, die noch vor wenigen Jahrhunderten wilde Herrschaft ausübten. Der Mahratha z. B. ist nichts weniger als sanft, hinter seiner Untwürdigkeit liiert oft ein nur mühsam niedergehaltener Haß, und welcher Grausamkeiten dieser fähig ist, hat die Geschichte der indischen

*) Ekklesiastizismus nennt man — namentlich in der Philosophie — eine Richtung, die eine Auswahl aus allen anderen Systemen macht und dieses Sammelsurium als neues System hinstellt.

Rückstände gezeigt. Daß man Sanitätsbeamte zu Opfern wählte, zeigt den Charakter der Verüber des neuesten Attentats von Puma.

Die englische Befähigung in Indien ist fast genug, selbst einer weitverbreiteten Verschönerung, falls eine solche bestehen sollte, Herr zu werden. Aber zu all den Schwierigkeiten des verwickelten indischen Problems kommt noch die Aufgabe der Depression hinzu, das ist eine wenig tröstliche Perspektive.

Die extreme Vorgeschichte verlangt strenge Maßnahmen gegen die aufrührerische indische Presse. „Keine andere Nation in der Welt“, schreibt der „Globe“, würde einen solchen gefährlichen Zustand länger dulden, in dem Glauben, daß man durch Dämpfung von Ventilen für den ausführenden Geist mehr Gutes als Schlimmes anrichtet“, und die „Ball Mail Gazette“ erklärt es für eine sehr ernste Frage, ob die Regierung einen Journalismus dulden kann, der in der Mehrheit der Fälle „vorurtheilsvoll, unwissend und gewissenlos“ ist. Es müßte aber noch sehr viel ärger kommen, bis die anglo-indische Regierung sich zu repressiven Maßnahmen gegen die Presse verweigern dürfte.

In den indischen Nothstandsdistrikten sind jetzt etliche Millionen Menschen an Nothstandsarbeiten beschäftigt. Daß die Noth um die Zeit der neuen Aussaat am höchsten sein werde, war vorauszuhaben. Da die Juntiregen eingeleitet haben, ist jedoch anzunehmen, daß die „von England fabrizierte Hungernoth“ ihrem Ende entgegengeht. Das Problem der Dämpfung dieser Hungernöthe ist damit freilich nicht gelöst, es wird sich, bei der ununterbrochenen großen Volksvermehrung, die Indien unter der Diktatur des britischen Friedens aufweist, und der Schwierigkeit, den indischen Bauer zum Uebergang zu besserer Bodennutzung zu bewegen, bei jeder folgenden Dürre von neuem in gigantischer Gestalt darbieten.

Freundlicher als das indische Problem scheint sich das sudafrikanische Problem gestalten zu wollen, falls nicht hinter der demokritischen Praxen getragenen Populärität Daniel Pauls irgend ein, auf den gelegenen Moment berechneter Anschlag steckt. Vielleicht warten Präsident Krüger und sein Rathgeber Leyds die Veröffentlichung der ihnen schwerlich unbekanntem Telegramme zwischen Cecil Rhodes und der berühmten „Times“-Korrespondentin Flora Shaw ab. Nach den neuesten Berichten lauten diese, jetzt entziffernten Telegramme für Rhodes und Chamberlain gleich kompromittierend. Chamberlain soll in ihnen in so bestimmter Weise als Mitwisser am Komplott behandelt werden, daß seine entgegenstehenden Behauptungen als sehr fragwürdig erscheinen müssen, und Rhodes soll noch nach der Kunde von dem Jameson'schen Zug telegraphisch das Verlangen gestellt haben, daß der englische Regierungsvizekanzler nach Johannesburg gehe, um Jameson in die Hände zu arbeiten. Ist beides richtig, so würde die Transvaalregierung noch eine härtere moralische Position gegen England erhalten, als sie obnein inne hat. Natürlich moralisch im politischen und nicht im ethischen Sinne.

Die Bewegung der Londoner Maschinenbau-Arbeiter für den Achtstundentag soll jetzt aus dem Stadium friedlicher Verhandlung in das des gewerkschaftlichen Kampfes treten. Rund 180 größere und kleinere Firmen mit zusammen 11 000 Arbeitern haben den Achtstundentag ohne Lohnreduktion bewilligt, so daß nur noch eine Minderheit von Firmen mit etwa 4000 Arbeitern aussteht. Gegen diese will das Komitee der Arbeiter nun mit der schärferen Waffe vorgehen. In drei der größeren dieser Betriebe haben Abstimmungen unter denjenigen Arbeitern stattgefunden, die den betreffenden Gewerkschaften angehören, und überall erdrückende Mehrheiten für den Streik ergeben. So stimmten von 1600 Arbeitern der bekannten Firma Thornycroft alle außer einem für den Streik. Obwohl es im Maschinenbaugewerbe sonst nicht üblich ist, werden die Arbeiter durch Weisung des Achtstundentags-Komitees eine Woche vor dem Ausbruch ihrer Kündigung einreichen.

Ueberhaupt wird die Bewegung mit ebensoviel Mäßigkeit in der Form, wie Ernst und Entschiedenheit in der Sache betrieben, das wahre Muster eines gewerkschaftlichen Kampfes, das freilich nur möglich ist, weil hinter den Arbeitern treffliche Organisationen mit gefüllten Kassen stehen. Die Seele der Bewegung, die jetzt auch auf die Provinzen übergreift, ist die Vereinigte Gewerkschaft der Maschinenbau-Arbeiter, die nach ihrer letzten Abrechnung (Ende Mai) 91 828 Mitglieder zählte und über 300 000 Pfund Sterling in ihrer Kasse hat.

Die der Achtstundentagsbewegung feindselig gegenüber stehenden Unternehmer drohen, falls die Arbeiter in Ausbruch treten, die Intervention des Verbandes der Unternehmer anzurufen, der den Ausbruch nötigenfalls mit einem allgemeinen Ausschluß beantworten würde. Aber die Arbeiter glauben nicht an den Ausschluß. Der Geschäftsgang ist ein so reger und die Interessen der Unternehmer so verschiedenartige, daß der Ausschluß besten oder schlimmstenfalls — wie man es nimmt — immer nur einen Theil der Gewerkschaftsmitglieder treffen würde. So deutet alles auf einen Erfolg der Arbeiter hin — ein Ereignis, welches das Jubiläumsjahr auch für die Arbeiterfrage zu einem denkwürdigen machen würde. Denn es bedeutet den ersten großen Erfolg, der in der alten Welt für den Achtstundentag durch das Mittel der Organisation erkämpft wurde.

Politische Ueberfälle.

Berlin, 28. Juni.

Tausch's Triumph ist vollständig. Herr v. Marschall ist gegangen und Böttcher geht. Das Wolff'sche Bureau meldet heute amtlich:

Kiel, 28. Juni. Nachdem der Gesundheitszustand des Freiherrn Marschall von Bieberstein seine Erhebung als Staatssekretär des Auswärtigen Amtes notwendig gemacht hat, ist sicherem Vernehmen nach der kaiserliche Volkshofier in Rom Herr von Bülow von Seiner Majestät dem Kaiser zunächst stellvertretungsweise mit der Leitung des Auswärtigen Amtes betraut worden. Herr von Bülow, welcher sich zwei Tage hier aufgehalten hat und vom Kaiser wiederholt empfangen worden ist, wird die Geschäfte nach der Rückkehr des Kaisers nach Berlin übernehmen; bis dahin werden sie wie bisher von dem Unterstaatssekretär Freiherrn v. Rosenhan wahrgenommen.

Also der Gesundheitszustand des Herrn v. Marschall ist nicht gut.

Um so besser ist der des Herrn v. Tausch, des Siegers in diesem Duell der Nebenregierungen gegen die Regierung. Herr v. Böttcher hat, wie die „Wolff'sche Zeitung“ positiv versichert, heute seine Entlassung eingereicht. An der Richtigkeit der Meldung ist nicht zu zweifeln.

Zu fast's erreicht, Ottavio! Herr v. Tausch, der in die Schweiz gereist ist, kann dort mit seinem Freund Schumann etliche Flaschen Sekt trinken. Die Hintermänner, welche der Oberstaatsanwalt Drescher nicht gesehen hat, werden gerne bezahlen.

Herr v. Bülow soll beiläufig nur vorübergehend Marschall's Stelle einnehmen. Sobald Herr v. Hohenlohe sich zum Auszug eingerichtet hat — heute war er vier Stunden lang in Friedrichsruhe und holte sich die Absolution des großen Chefs — soll er Reichskanzler werden, und an Marschall's Stelle der bekannte Reisebegleiter des Kaisers: v. Riberlein-Wächter treten.

Und dann? Und dann? Bemerk sei bloß noch, daß mit Bekanntgabe der Personenveränderungen pünktlich bis nach Schluß der Reichstagsession gewartet worden ist.

Die Sieger in dem jetzigen Kampf um die Regierungsstellen haben kein Bedürfnis, in die Öffentlichkeit zu flüchten. Die Flucht in die Öffentlichkeit ist Herrn von Marschall ja so schlecht bekommen!

Außer Hohenlohe war Herr von Bülow heute bei Bismarck. Auch ihn in wahrhuldvoller Empfang zu theil.

Bismarck's Gesundheit wird als „ausgezeichnet“ beschrieben. Das glauben wir gern.

Ob Herr von Miquel gleich guter Gesundheit und Laune ist? —

Das Herrenhaus erledigte heute mehrere kleinere Vorlagen, darunter den Gesetzentwurf betreffend Zwangsvollstreckung aus Forderungen landwirthschaftlicher Kreditanstalten. Einen großen Theil der Sitzung füllten die Beratungen über das Handelskammergesetz aus, welches, da das Haus an dem Entwurf einige, wenn auch unwesentliche Änderungen vornahm, verfassungsmäßig noch einmal dem Abgeordnetenhaus zur Genehmigung dieser Änderungen zugehen muß.

Am Mittwoch findet die Beschlußfassung über das Vereinsgesetz statt.

Der Herrenhaus-Kommissionsbericht zur lex Neke ist vom Grafen zu Stolberg-Wernigerode fertiggestellt und bereits an die Herrenhauskammer übergeben worden. Der Bericht befaßt sich nicht mit dem Zweck der Vorlage, sondern nur mit dem Inhalt derselben. In der Hauptsache nur die alten, zum Etel gewordenen Nebenarten von der „Gefährlichkeit des Umsturzes“, von der „Nothwendigkeit, die staatlichen Machtmittel zu verstärken“ und dergleichen. Nur einiges ist hervorzuheben.

Erstens hatte der Herr v. d. Neke doch gewisse Bedenken gegen die Austausch der Regierungsvorlage mit der Jedli'schen Fassung des Gesetzes. Er konnte noch nicht ganz bestimmt Auskunft geben, ob die Regierung sich für diese Fassung entscheiden würde. Daran erklärte die Kommissionsmehrheit, daß sie im Plenum nur unter der Bedingung die Beratung aufnehmen wolle, wenn bis dahin die Regierung sich zu den Kommissionsbeschlüssen nach Jedli'schem Vorbild bekannt haben würde.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß Herr v. d. Neke die entsprechende Erklärung am Mittwoch geben wird. Diese Regierung nimmt, was sie kriegen kann. Diese Regierung läßt sich von den Junkern ihr Konzept korrigieren ganz nach deren Belieben. Diese Regierung hielt es für richtig, auf Grund des gemeinen Rechts gegen die Sozialdemokratie und andere mißliebige Richtungen vorzugehen, sie verwarf darum den Weg der strikten Ausnahmegesetzgebung. Doch die Junker wollen die ausnahmsrechtliche Ermächtigung und nicht die gemeinrechtliche Erdrückung. Also, die Regierung läßt ihre Pläne fahren und beugt sich den Plänen der Junker und der Jedli's.

Herrn ist bemerkenswerth der Grund, um demselben die Kommission, statt für die Regierungsvorlage, für die Jedli'sche Vorlage eintrat. Es ist kein prinzipieller Grund. Wessen erschien der Kommission die Regierungsvorlage. Es war ein taktischer Grund. Es geschah, weil im Abgeordnetenhaus mehr Stimmen abgegeben wurden für die konservativen Anträge als für die Regierungsvorlage, weil also auch jene Anträge mehr Aussicht auf endgiltige Annahme im Abgeordnetenhaus haben. Nur daß ja etwas herausspringe bei dieser Sozialistenhölle, ist die ganze Sorge der Herrenhäuser. Und diese rechnen, wie man sieht, zuverlässig darauf, daß etwas herausspringt, daß einige national-liberale Abkömmlinge ihrer Schuchtheit zu Hilfe eilen werden.

Rechnen sie richtig oder verrechnen sie sich? — Die Sozialdemokratie wird durch jede ihrer Rechnungen, wie sie auch ausfallen, den dicken rothen Strich machen! —

Der Bundesrath an der Rhein. Vor wenigen Tagen hat der Bundesrath den Beschluß des Reichstages, durch welchen ein größerer Schutz des Wahlgeheimnisses herbeigeführt werden sollte, abgelehnt. Wahrscheinlich würde den Bundesrathsmitgliedern ein Beschluß im entgegengesetzten Sinne sehr willkommen gewesen sein; Minderung des Wahlgeheimnisses, womöglich Beseitigung und dafür öffentliche Wahl ist das „Ideal“ der Konservativen der Aristokratie, der hohen Bureaokratie und so auch der bundesrathlichen Regierungsvorleiter.

Heut hat der Bundesrath auch die Resolution des Reichstages, daß den Mitgliedern dieses Hauses Diäten gewährt werden sollen, in den Papierkorb geworfen. Die hochbesoldeten Herren Bundesvertreter, die Abgeordneten der erstaufläufigen Zivillisten beziehenden deutschen Bundesstaaten verweigern den Erwählten des Volkes die notwendige Entschädigung für die großen persönlichen Opfer, welche sie im Dienste des öffentlichen Wohles darbringen. Das Volk ist gern bereit, seinen Vertretern Diäten zu gewähren, und das Volk hat die erforderliche Summe aus seiner eigenen Tasche zu zahlen. Die Vertreter hoher Tagelöhner aber, über deren Nothwendigkeit und Höhe die Meinungen im Volke mindestens sehr getheilt sind, gestalten dem Volke nicht, die Ausgaben zu machen, die ihm höchst nothwendig erscheinen.

Das Volk wünscht; der Reichstag, die Vertretung des Volkes beschließt, beschließt wieder und wieder, wohl ein Duzend Mal. Der Bundesrath jedoch geht unbekümmert über alle diese Wünsche und Beschlüsse hinweg! —

Zur Vertheidigung des verfassungswidrigen Verfahrens des Abgeordnetenhauses wirt sich jetzt ausdrücklich auch die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ auf. Sie scheidet sich nicht, zu diesem Zweck gegen den bedeutendsten deutschen Staatsrechtslehrer, v. Köne, aus dem offiziellen Wahrschittel die dreifache Verdächtigung nachzubringen, daß v. Köne sich später (nach 1867) zu erheblicher Mobilisation seiner ursprünglichen Meinung veranlaßt sah. Diese Behauptung der „Norddeutschen Allgem. Zeitung“ ist, wie wir kürzlich durch wörtliche Ausführung der v. Köne'schen Darstellung nachweisen, vollständig aus der Luft gegriffen. v. Köne hat noch in seiner letzten Auflage des Staatsrechts (Band I S. 88) den jetzt eingeschlagenen Weg der Verfassungsänderung als eine „offenbare Verletzung der Verfassung und eine ungesetzliche Herbeiführung“ derselben bezeichnet und klar nachgewiesen: „Bloße Nützlichkeit und Zweckmäßigkeitserwägungen vermögen nicht den klaren Rechtsstandpunkt zu verdrängen. Es geht demnach mehr als der gewöhnliche Grad offener Leichtfertigkeit dazu, dem bedeutendsten Staatsrechtslehrer Deutschlands ins Grab nachzusagen, er habe den Standpunkt je vertreten, ein Gesetz dürfe der Verfassung widersprechen, wenn es nur in 21-tägigem Intervall beschloffen ist. Es erscheint den ausführlichen Darlegungen in Nr. 129, 131, 132, 135, 140 des „Vorwärts“ gegenüber, deren Inhalt in allen politisch erheblichen und selbständig denkenden Zeitungen gebilligt werden mußte, überflüssig, auf die Frage nochmals einzugehen. Sie ist klar entschieden. Das jetzige Verfahren des Junkerparlamentes ist ein leichtfertiges Spielen mit der Verfassung. Die Junker und Junkergenossen zeigen jetzt klar, daß sie es sind, die weder Gesetz noch Verfassung achten.

Politik und Geschäft. Zu der unter dieser Spitzmarke gedachten Zukunft in unserer Nummer vom letzten Sonnabend wird und geschrieben: Mit dem geschmackvollen Ausdruck „verlogenste Geschichten“ bezeichnet die „Freisinnige Zeitung“ unsere Mittheilungen über die bei ihr üblichen Geschäftspraktiken, und dabei muß sie selbst zugeben, daß die von uns angeführten Thatsachen der Wahrheit entsprechen. Daß ihr Verhalten „jowohl unerschütterbar“ ist, haben wir niemals bestritten. Wenn das nicht der Fall, so hätten ihre Angehörten aller Wahrheitsliebe nach die Klage gegen sie angestrengt, aber den Anforderungen der Willigkeit entsprochen es nicht, entgegen dem in allen anderen parlamentarischen

Bureau eingeführten Brauch die Mitarbeiter einfach auf Pfaffen zu werfen, sobald man ihrer nicht mehr bedarf, noch dazu, wenn man sehr wohl weiß, daß die betreffenden in einer so vorgerückten Session nirgends anderes Engagement finden können. Die „Frei. Zig.“ stellt es als besonderes Wohlwollen hin, daß sie für die parlamentarischen Parteien die Gehälter fortbezahlt. Aber hat sie denn auch nur formell das Recht, für diese Zeit Abzüge zu machen? Es handelt sich doch nicht um freiwillige Ferien, sondern um eine ihren Mitarbeitern aufgezwungene Pause. Sollen etwa die Angehörten der „Freisinnigen Zeitung“, um nicht zu verhungern, in den Ferien Steine klopfen gehen? Daß Herr Richter persönlich irgend ein Geldinteresse an den einschlagenden Fragen hat, ist von uns nicht behauptet worden, wohl aber ist er die Triebfeder der unnoblen Handlungsweise, und für die brotlos gemachten Arbeiter ist es doch schließendlich ganz gleichgültig, ob sie im Interesse von Eugen Richter oder auf seine Veranlassung in Interesse der Allens-Gesellschaft „fortschritt“ ohne Grund entlassen werden.

Auf das, was sonst noch in der überaus langen und gewundenen Erwiderung der „Freisinnigen Zeitung“ enthalten ist, paßt der alte Spruch: „Soviel Worte, soviel Lagen“. Die „Freisinnige Zeitung“ behauptet, der „pistgeschwollene“ Artikel im „Vorwärts“ gebe von einem ihrer Mitarbeiter aus, der für die nachfolgende Session ein Engagement beim „Vorwärts“ angenommen habe, und knüpft daran allerlei gebärgte Verdächtigungen. Dies ist genau so unrichtig, wie die übrigen Behauptungen der „Frei. Zig.“ Der Verfasser hat seinen Artikel einfach aus dem Grunde im „Vorwärts“ veröffentlicht, weil er dies Blatt für das geeignetste Organ hält, um eine solche Handlungsweise gebührend an den Pranger zu stellen.

Selbst über die Verhältnisse in seiner eigenen Zeitung scheint Herr Richter schlecht informiert zu sein, denn sonst würde er nicht die Behauptung aufstellen wagen, daß bislang keine Beschwerden oder Meinungsverschiedenheiten zwischen ihm und seinem Personal vorgekommen sind. Ähnliche Gewaltmittel, wie sie jetzt angewandt sind, sind in der „Frei. Zeitung“ an der Tagesordnung, und wenn es bisher noch niemals zum offenen Bruch gekommen ist, so lag das an der ökonomischen Abhängigkeit der Angehörten des Herrn Richter.

Ob Herr Richter mit seinem Parlamentsbericht schlechte Geschäfte macht oder nicht, entzieht sich unserer Beurtheilung. Das thut aber ebensovienig etwas zur Sache, wie die Frage, ob er den auf den Bericht abonnirenden Zeitungen seiner Richtung in manchen Fällen die Bezahlung erläßt. Will sich Herr Richter als Wohlthäter erweisen, so mag er es auf eigene Faust, nicht aber auf Kosten seiner Angehörten thun.

Daß Herr Richter die Thatsache, daß die geplante politische Debatte am Freitag infolge der Entlassung seines Bureau unterblieben ist, einfach bestreiten würde, darauf waren wir gefaßt, aber durch Abkneipen kann man Thatsachen nicht aus der Welt schaffen. Wenn er sich zum Beweis dafür, daß seine Beseitigung an parlamentarischen Erörterungen und die Berichterstattung darüber nicht von der Zusammenfassung seines Bureau abhängig ist, auf die Absendebalken vom Freitag im Abgeordnetenhaus bezieht, so ist die gesammte Journalistentrübene Augen dafür, daß er seinen Redaktionsstab einschließlich des „Chefredakteurs“ abkommandirt hat, um an Stelle des gefälligten Bureau „Schreiberdienste“ zu verrichten. Wir haben nichts dagegen, wenn er es in Zukunft auch so hält.

Auf die übrigen Unrichtigkeiten in der Erwiderung der „Freisinnigen Zeitung“ einzugehen, dazu mangelt es uns an Raum. Will Herr Richter genaues erfahren und will er zugleich hören, wie die Vertreter der gesammten Presse über sein Verhalten urtheilen, so empfehlen wir ihm, der Journalistentrübene einen Besuch abzustatten. Er wird dort manches zu hören bekommen, was ihm nicht lieb ist. —

Die Friedensverhandlungen scheinen das türkische Ministerium zu Fall zu bringen. Aus Konstantinopel wird gemeldet: Hier verläutet, der Großvezir und das gesammte Ministerium werden demnächst zurücktreten und zwar auf Drängen mehrerer Großmächte, welche die Schuld an dem langsamen Verlauf der Friedensverhandlungen auf Intriguen des Großvezirs zurückführen.

In Athen beklagt man sich über neuerliche gefährliche Verschleppungen der türkischen Streitkräfte in Syrien. Da hierdurch im Falle der Wiederaufnahme der Feindseligkeiten der Rückzug der Griechen bedroht werde, hat die griechische Regierung beschlossen, Karpenesios stark zu besetzen.

Aus Kreta geht es noch immer kriegerisch genug her. Aus Kanea wird telegraphirt: Die Mohamedaner von Kandia überfielen in der Stärke von 1200 Mann in der vergangenen Nacht den drei Stunden von Kandia im Innern gelegenen Ort Khandi Kastell. Es entspann sich darauf ein heftiger Kampf, in welchem die Mohamedaner 13 Tode und 12 Verwundete verloren. Die Verluste der Insurgenten sind nicht bekannt.

Deutsches Reich.

— Vermögensvertheilung in Preußen. Die die „Statistische Correspondenz“ mittheilt, beträgt nach der Einschätzung zur Ergänzungsteuer im Jahre 1896/97 das ergänzungssteuerpflichtige Vermögen 64,02 Milliarden Mark. Steuerpflichtig sind bekanntlich nicht diejenigen, welche ein Vermögen von nicht über 6000 M. besitzen, diejenigen, deren Vermögen 6000 bis 20 000 M. beträgt, deren Einkommen aber 900 M. nicht übersteigt, und solche Personen, welche mit demselben Vermögen nicht über 1200 M. Einkommen beziehen. Endlich diejenigen, die mit 6000 bis 10 000 M. Vermögen in ihrer Leistungsfähigkeit beeinträchtigt sind. Das Statistische Bureau ist in bezug der Ansicht, daß, wenn auch in den Händen der steuerfreien Personen sich gleichfalls ein nach Milliarden zu bezifferndes Vermögen sich befindet, doch jene 64 Milliarden dem weitestgrößten Theil des preussischen Privatvermögens gleichkommen.

Die steuerpflichtige Bevölkerung umfaßt mit Einschluß der Angehörigen 13,97 pCt. der Gesamtbevölkerung. Von den 64 Milliarden entfallen 8 Milliarden auf die Vermögen von 2—3 Millionen Mark abwärts, weitere 8 Milliarden auf die Vermögen von 3 bis 5 Millionen bis 700 000 bis 800 000 M. abwärts, 16 Milliarden von da bis 150 000 M. abwärts, 16 Milliarden von da bis 44 000 M. abwärts und weitere 16 Milliarden von da bis 6000 M. abwärts.

Die 26 reichsten Leute hatten zusammen ein Vermögen von 1015 Millionen Mark, die 75 nächstreicheren Personen 1008 1/2 Millionen Mark, die 125 folgenden 1000 1/2 Millionen Mark. An der obersten Milliarde sind nur Benken mit Vermögen von 18 Millionen bis 216 Millionen Mark theilhaftig etc.

Sehr viele Zahlen! —

— Nationalliberale und Regierung. Ueber das Verhalten der Regierung gegenüber der Vereinsvorlage bemerkt die „National-Liberale Korrespondenz“:

„Bezeichnend für die ganze Situation ist, daß die Regierung ihren eigenen Entwurf im Herrenhaus im Plenum und in der Kommission, wenn auch unter einigen einschränkenden Bedingungen thatsächlich leichten Hergens hat lassen lassen und sich nicht einmal bestimmt darüber durch den Mund des Ministers Freiherrn v. d. Neke hat äußern können oder wollen, ob sie auch ihrerseits bereit ist, die von den Konservativen des Herrenhauses übernommene und ihm theil ihr zugesicherte Verantwortung zu tragen. Wenn ein Gesetz von dieser Bedeutung eingebracht wird, dann muß man vor allen Dingen verlangen, daß die Regierung sich ihrer Stellung voll bewußt ist; ein solches Gesetz darf sie nicht und noch dazu unter Strafen aus den Parteien entgegenbringen lassen. Das ist ein direkter Widerspruch mit dem gesammten preussischen Verfassungsleben und erweckt den Anschein, als ob es der Regierung nicht um Vermeidung ihrer Schwächen zu thun sei, sondern daß sie mit einer politischen Partei mitmacht, um an andere Parteien einmal den Prüftstein zu legen. Und eines ist ebenso wenig imponirend wie das andere. —

— Bezüglich einer Neubewaffung der Infanterie wird von offizieller Seite behauptet, daß die durch die Blätter gegangene Meldung unrichtig sei; es wurden meist Versuche vorgenommen, aber der Plan einer Neubewaffung besteht nicht. Auffallend jedoch an diesem Dementi ist, daß die bestimmte Nachricht des „Leipziger Tageblatt“, es sei bei den sächsischen Truppen — also nicht in den Waffenkammern — ein neues Gewehr probeweise eingeführt, keinerlei Erwähnung findet. —

— **Polnische Vergeltung.** Man schreibt aus Posen: Am 23. d. M. abends wurde wie alljährlich auf der Warte das polnisch-slawische Fest des Kranzwerfens (Dianki) unter Teilnahme von Tausenden und Abertausenden von Menschen begangen. Auf den Festplätzen befanden sich wie immer Sänger und Musikanten, worauf unter Musik und Gesang die Kränze in die Warte verlegt wurden. Zufällig hatten an demselben Tage auch die Delegierten der Ziegelei-Vereinsgenossenschaft aus ganz Deutschland eine Vergnügungsfahrt mit dem Dampfer „Heinrich“ nach Radziejow unternehmen und lehrten abends zurück. Als der Dampfer „Heinrich“ in die Nähe der polnischen Warte kam, tonierte plötzlich die auf dem Dampfer befindliche Musikkapelle „Die Nacht am Rhein“ und „Deutschland, Deutschland über alles“. Dann sangen die auf dem Dampfer befindlichen Personen „Ich bin ein Pole“. Darauf begann die vielantennige Menschenmenge auf beiden Ufern zu pfeifen und zu rufen, es war ein Höllenlärm. Die Sache wird auch ein gerichtliches Nachspiel haben.

Sicherlich ist es unzweifelhaft, andere Leute zu fördern, wenn sie ihren Gesinnungen Ausdruck geben. Aber bei der systematischen Feindlichkeit der Polen durch schneidige Deutschhämmer ist es kein Wunder, wenn dieselben solche Antworten geben. —

— **Bei der Reichstags-Stichwahl in Wiesbaden** wurden nach amtlicher Feststellung im ganzen 22 147 Stimmen abgegeben. Davon entfielen auf Wintermeyer (F. Sp.) 14 011, auf von Fugger (Centr.) 8138 Stimmen. Wintermeyer ist daher gewählt. —

Schweiz.

Bern, 26. Juni. (Fig. Ber.) Der Nationalrat hat die ersten drei Tage der Woche verschiedenen anderen Geschäften und die zweite Hälfte der Woche der weiteren Beratung der Kranken- und Unfallversicherung gewidmet. Die anderen Geschäfte waren die Prüfung der eidgenössischen Staatrechnung pro 1898, Bewilligung von 220 000 Fr. für eine Pfuhkurrektion im Kanton Tessin und sodann das Besoldungsgesetz. Dieses bezieht hauptsächlich die Besoldungsbehöhung für untere Beamte; insgesamt werden davon etwa 10 000 Beamte, wovon die meisten bei Post und Telegraph tätig sind, mit etwa 40 000 Angedörigen, betroffen. Die jährlichen Mehrausgaben für Besoldungen infolge der beschlossenen Erhöhungen werden um eine Million Franken ausmachen. Das Gesetz stellt vier Besoldungsklassen auf; in der 1. Klasse beträgt das Minimum 6000 und das Maximum 8000, in der 4. Klasse 1200 resp. 2500 Fr. Den Postbeamten z. B. ist das gegenwärtige Gehaltsminimum von 1800 auf 1800 Fr. erhöht worden. Alle drei Jahre soll eine Gehaltserhöhung um 300 Fr. eintreten, bis das Maximum erreicht ist. Der bernische Abgeordnete Regierungsrath Gobat bemängelte sich in förmlicher Weise, die weiblichen Beamten der Telegraphenbureaus annähernd gleich mit den männlichen zu stellen. Das Minimumgehalt der letzteren in Bureaus erster und zweiter Klasse beträgt nach den Beschläffen 1800 Fr. im Minimum und 2400 Fr. im Maximum; das der Telegraphistinnen aber nur 1200 resp. 2100 Fr. Gobat wollte nun das Minimum auf 1500 und das Maximum auf 2000 Fr. festgesetzt haben, allein der berechnigte und gutgemeinte Antrag wurde mit 60 gegen 32 Stimmen abgelehnt. — Aus den dreitägigen Beratungen der Krankenversicherung sind einige Verbesserungen zu berichten. So wurde aus Antrag Vogelzanger, der sich in der Versicherungsfrage in anerkennenswerther Weise um die Wahrnehmung der Arbeiterinteressen bemüht, die bundesräthliche Vorlage gegenüber der Verschlechterung der Kommission wiederhergestellt bezüglich des Bundesbeitrages von 7 Cts. pro Woche an jedes Krankenkassenmitglied, den die Kommission auf 5 Cts. herabgesetzt hatte. Ferner wurde beschlossen, daß die Bundesversammlung die Bestimmung des Krankenversicherungsgesetzes betreffend das Krankengeld derart abändern könne, daß es von 60 auf 66 2/3 pCt. erhöht werde; auch können dementsprechend die Lohnklassen abgeändert werden. Bei der Beratung des Antrages Vogelzanger gab es wieder eine interessante Diskussion. Grenlich hat im „Grütlioner“ einen fulminanten Artikel gegen die „Versicherung“ des Versicherungswesels durch die Kommission publiziert, und dieser Artikel hat eingeschlagen. Beide Referenten der Kommission, Forrer und Comtesse, wehrten sich gegen die schweren Grenlich'schen Vorwürfe und griffen ihrerseits Grenlich an. Diesen nahm nun energisch der Ultramontane Dr. Decurtius in Schutz, indem er die Grenlich'schen Behauptungen und Vorwürfe für berechtigt erklärte und sodann weiter ausführte, daß wir ohne die Sozialdemokratie auch in der Schweiz weder eine Arbeiterschutzgesetzgebung noch eine Versicherung hätten. Der Klassenkampf, den die Sozialdemokratie proklamirte, werde auch von den konservativen Nationalökonomien als berechtigt angesehen. — Das nun doch beweisene Entgegenkommen der konservativen Majorität hat offenbar doch in der Unzufriedenheit der Sozialdemokraten mit den Verschlechterungen durch die Kommission seinen Grund; denn schließlich wäre es denn doch für die freisinnigen Sozialpolitiker eine gar arge Blamage, wenn die Arbeiter, denen das Gesetz als Wohlthat gegeben werden soll, dasselbe bekämpfen und es in der Volksabstimmung ablehnen würden. Die Beratung des Krankenversicherungsgesetzes ist nun bis zum Artikel 89 vorgeschritten. Da die Session am 3. Juli geschlossen wird, so dürfte nur noch das Krankenversicherungsgesetz zu Ende beraten werden.

Am 20. September soll eine Herbstsession stattfinden, in der dann der Nationalrat das Unfallversicherungsgesetz durch den Ständerath beschließen wird. In der Dezembersession sodann würden die Versicherungsgeetze den Ständerath beschäftigen.

Der Ständerath nahm am Mittwoch wieder die Beratung der Eisenbahnverstaatlichungsvorlage auf und führte sie mit Ausnahme der von der Organisation der Staatsbahnverwaltung handelnden Artikel 13 bis 41 zu Ende und zwar in der Hauptsache nach der Vorlage der Kommission, die keine einschneidenden Änderungen an dem bundesrätlichen Entwurf vornahm. Die Ultramontanen verfielen, für die Kantone alle möglichen Besteuerungsrechte gegenüber den Bundesbahnen zu erobern, um dem Bunde das Leben möglichst schwer und den Kantonen ebenso angenehm zu machen. Doch sind diese Veruche bis jetzt erfolglos geblieben. Bezüglich der Organisation hat der blauer Abgeordnete Blumer einen ganzen Entwurf vorgelegt, der u. a. die Einsetzung einer Generaldirektion vorsieht, 5 Kreisdirektionen mit einem von den Kantonen gewählten Verwaltungsrath will, der insgesamt aus 60 Mitgliedern bestehen und den Eisenbahnrath, als oberstes Organ, bilden soll. Ueber diese neuen Vorschläge berathet erst noch die Kommission.

Bern, 28. Juni. Die Kommission des Ständerathes für den Rückbau der Eisenbahnen verlangt vom Eisenbahn-Departement neue Vorschläge betreffend die Organisation der Verwaltung der Bundesbahnen. —

Oesterreich.

— **Die deutsche Opposition gegen Baden.** Nach 40 Gemeindevorsteher des Bezirks Leimerich, der Gemeinderath zu Brüg, der Stadtrath zu Saus und die Gemeinden Altkath und Lannwald beschloss die Einstellung der Arbeiten in dem ihnen übertragenen Wirkungskreise.

In Aulzig hielt der Bund der Deutschen in Böhmen eine große Versammlung ab. Der deutsche Reichstags-Abgeordnete Zimmermann-Tresden wollte an der Versammlung teilnehmen, wurde aber am Bahnhof in Sobdenbach von einem Beamten der Geheimpolizei empfangen, mit der Aufforderung, unverzüglich über die Grenze zurückzukehren. Zimmermann reiste mit dem nächsten Zuge nach Dresden. —

Frankreich.

Paris, 27. Juni. Die Jaurès'sche Interpellation über die Lage der Landwirtschaft in Frankreich führte auch die gestrige Kammerziehung aus. Jaurès erklärte, die französische Landwirtschaft läge im Sterben. Sie werde auch durch die Mittel der Assoziation nicht gerettet werden und dadurch höchstens der Kapitalisten in die Hände fallen. Der ländliche Großgrundbesitz entwickelte sich stetig und sicher auf Kosten des kleinen. Ebenso ruiniere die landwirtschaftliche Großindustrie den kleinen Bauer. Die großen Wäbler-Abstimmungen tödteten den kleinen Wähler und die Zuckerprämien hätten den Preis der Ähren nicht erhöhen können. Die Oßbauer seien in den Händen der großen Zwischenhändler, die Rübsenfabriken in den Händen einer industriellen Gesellschaft u. s. w. So machte Gen. Jaurès der ganzen jetzigen wirtschaftlichen Organisation den Prozeß. Nächsten Sonnabend gedenkt er seine Rede fortzusetzen. — Die Fraktionen der Kammer beschäftigten sich gestern mit den Vorbereitungen zur Ernennung der neuen Untersuchungs-Kommission der Panama-Angelegenheit. Die Regierungrepublikaner in der Stärke von 195 Mitgliedern werden 8 Kandidaten, die fortschrittliche Vereinigung (57 Mitgl.) 3, die fortschrittliche Linke (114 Mitgl.) 5, die sozialistischen Radikalen (90) 3, die Sozialisten (49) 2, die Rechte (34) 3, die Radikalen (32) 2 Kandidaten stellen. Sinoz kommen noch 3 Kandidaten der 61 Wäbler, so daß die neue Kommission aus 30 Mitgliedern bestehen wird. Die Ernennung findet nächsten Dienstag statt.

Italien.

Rom, 27. Juni. In der heutigen Sitzung des Senats wurde in geheimer Abstimung mit 69 gegen 27 Stimmen die Vorlage betreffend die Reorganisation der Armee in der von der Deputirtenkammer beschlossenen Fassung angenommen. —

Spanien.

Madrid, 27. Juni. Zur Deckung der im nächsten Rechnungsjahre entstehenden Lücken für die durch die Zolleinnahme garantierte Anleihe verfaßt ein Dekret die Einführung einer vorübergehenden inneren Abgabe, welche in einer Zusatztagung von einem Zehntel auf die meisten direkten und indirekten Steuern bestehen soll. Durch diese Zusatztagung werden die bestehenden Zölle nicht berührt. Auf die Dividenden der industriellen und kommerziellen Gesellschaften soll eine Steuer von 1,25 pCt. gelegt werden.

Holland.

— **Ueber den Ausgang der Stichwahlen** wird uns noch von unserem holländischen Korrespondenten geschrieben:

Die Stichwahlen haben uns einen vollständigen Sieg gebracht. Troelstra ist dreimal gewählt, von der Zwoang einmal. Jedenfalls werden also künftig zwei Sozialisten von der Tribüne des Parlaments sprechen können.

Vorausichtlich wird Troelstra das Mandat für Leeuwarden, wo er nur mit einer Mehrheit von 70 Stimmen gewählt ist, annehmen. In Winkhoten und Tietje-Meradeel wird aber dann eine neue Wahl vorgenommen werden müssen.

Im übrigen haben die Stichwahlen den Liberalen ganz unerwartete Vorteile gebracht. Die Situation ist nun: Liberale 44, christlich-historisch 5, Radikale 5, Volkspartei 1, Sozialisten 4, Antirevolutionäre 20, Aömisch-Katholische 22. Also: 50 anti-Revolutionäre, 42 Liberalen.

Saag.

Oslo, 28. Juni. Dem Vernehmen nach hat das Kabinet heute der Königin-Regentin die Posteskuilid zur Verfügung gestellt. —

Amerika.

— **Auf Kuba wird sehr heftig gekämpft.** Die Spanier melden verschiedene blutige Zusammenstöße, in denen sie natürlich sich selber den Sieg zuschreiben oder Erfolge der Aufständischen als Mord hinstellen. Die Gegenzeit tritt nun ein und macht auf drei Monate lang militärische Operationen der Spanier unmöglich, während sie die im Land wohnenden „Rebellen“ nicht daran hindert, Ueberfälle anzuführen und ihre Positionen zu besetzen. Nach den Berichten amerikanischer Blätter ist über die Hälfte der Insel in der Gewalt der Aufständischen. Und das nach zwei Jahren des Aufstandes! —

New-York, 28. Juni. Staatssekretär Sherman äußerte einem Berichtshatter gegenüber, die Trunks bildeten die wichtigste Frage des Tages; sie sollten unterdrückt werden, aber doch bestehende Gesetz reiche dazu nicht aus, er sei jedoch der Ansicht, es würde den Vrängeln des Gesetzes abgeholfen werden. Die Währungsfrage werde in der gegenwärtigen Tagung des Kongresses nicht zur Beratung gelangen, auch sei er außer Stande, anzugeben, ob die Erledigung der Frage sobald erfolgen werde, daß sie von den Wahlprogrammen der nächsten Präsidentswahl-Kampagne verschwinden könne. —

Hamburg, 27. Juni.

Wie den Lesern mitgetheilt ist, hatte sich der Amtsrichter v. Köhler zu Elmhorn am 26. Juni vor dem Altonaer Landgericht wegen Forderungszwang zum Zweikampf, wegen öffentlicher Beleidigung und Körperverletzung zu verantworten und wurde hierüber in einer Woche Festungshaft und 100 M. Geldstrafe verurtheilt. Die Veranlassung zu dem Prozeß lag in einem Streite zwischen dem Angeklagten und dem als großen Sozialistenbestimmten Elmhorner Bürgermeister und Lieutenant a. D. Thomsen. Letzterer hatte hinter dem Rücken seines Gegners Klatschereien verbreitet, die sich vor Gericht als Unwahrheiten herausstellten. Als v. Köhler den Bürgermeister zum Widerruf aufforderte, weigerte sich dieser und wies dann auch eine ihm ungenügende Forderung zum Zweikampf auf Pistolen zurück, da sein Gegner nicht satisfaktionsfähig sei; infolge dieser Vorgänge obersagte der Amtsrichter den Bürgermeister eines Abends auf offener Straße zum Entzihen der Gelfestnuten und zum Gaudium der Sozialdemokraten in Elmhorn.

Da in diesem Prozeße fast sämtliche Honoratioren Elmhorns vertreten waren, so wußte derselbe ein helles Licht auf die „nach Bildung und Befähigung bestehende Kreise“ einer Provinzialstadt. Aber auch in anderer Beziehung bietet der Fall Thomsen kontra Köhler manches Interessante.

Das gestrige Niveau des „gebildeten Bürgerthums“ kann wohl kaum besser charakterisirt werden, als es durch die Vorwürfe geschieht, die der Stadtoberste von Elmhorn seinem Gegner macht. Angenehm röhrt der ganze Streik aus der Aivalität um den gesellschaftlichen Vorrang her; jeder der beiden Herren wollte der erste sein in der guten Stadt Elmhorn. Mit eifersüchtigen Blicken spähte der Bürgermeister nach den Schwächen seines Rivalen und da entdeckte er zunächst, daß derselbe weite Hosen und gelbe Schuhe trägt; er taufte auf ihn als den „schneidigen Juristen aus Hinterpommern, dessen Bewohner sich durch ihre Intelligenz auszeichnen“, woraus der also Gelehrte ein Hoch auf Schleswig-Holstein, die Heimath Thomsen's „ein gezeichnetes Land, dessen Oafen in ganz Deutschland berühmt sind“. Kurze Zeit darauf begeht Köhler das Verbrechen, zu einem Honoratiorenballe zwei Damen mitzubringen, die durch ihre auffallende Kleidung von den biedereren Elmhornerinnen gar unliebsam abstechen. Flugs konstruirt das sittenstrenge Stadthaupt einen neuen „Fall“: „Die beiden Damen sind anrüdige Weiber“, zischelt er seinen Bekannten ins Ohr und bald pfeifen die Elmhorner Späzler von den Dächern: „Der Amtsrichter hat — schrecklich aber wahr! — zwei Hamburger Kontrollirnen auf den Honoratiorenballe gebracht! Hinterher stellt sich allerdings heraus, daß diese vermeintlichen Dirnen zwei hochansehnliche Damen aus einer hochgehörbaren Altonaer Familie gewesen sind. Dann durchschneißelt der Bürgermeister das Vorleben des Amtsrichters und entdeckt denn auch wirklich den heiß ersehnten „dunklen Punkt“. Vor 15 Jahren, als v. Köhler als junger Student in Göttingen weilte, ist derselbe aus dem Korps „Vorussia“ aus-

geschlossen worden und zwar, wie Thomsen kolportirt, wegen Falchspiels, in Wirklichkeit aber, weil er den Vorwurf des falschen Spielers, den ihm ein Kommilitone machte, nicht mit Blut abgewaschen hat. Dieser Ausschluß aus dem Korps ist in den Augen des streng konventionellen Bürgermeisters ein ewiger Schandfleck und ungefähr so schlimm, wie wenn ein Zivillist zu Zuchthausstrafe und Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte verurtheilt wird.“ Es verschlag nicht, daß über diese Geschichte längst das landesbäbliche Gras gewachsen und der Elmhorner bereits dem „Redenkosen, preussischen Nichterfande“ angeblich, für den Herrn Thomsen ist derselbe noch immer der „Zuchthäuser“, mit dem kein anständiger Mensch verkehren kann.

Aber auch in dienstlicher Beziehung läßt der Amtsrichter nach dem Bürgermeisters Ansicht viel zu wünschen übrig, weshalb letzterer eine ganze Serie von Beschwerden an die vorgesetzte Behörde richtet; er wirft ihm vor, daß derselbe „unter dem Schutze des Richtertars“ die Polizei und die Behörden in den Schmutz ziehe, daß er ein strafbares Einverständnis mit den Angeklagten unterhalte und daß er endlich „als königlich preussischer Beamter ein verkappter Sozialdemokrat“ sei. Und worauf gründet er diesen lehrerlichen Vorwurf? In einer gemüthlichen Knelp-gesellschaft wurde über das gespannte Verhältniß zwischen Deutschland und Frankreich in üblicher Weise gesprochen und bei dieser Gelegenheit hat der Amtsrichter den Ausdruck gethan: „Am besten wäre es, wenn man Elsas-Lothringen zurückgeben würde, dann wäre der Streit mit einem Schlage aus der Welt geschafft“. Aber nicht genug mit diesem „Ausdruck vaterlandslöser Gesinnung“, soll der Amtsrichter auch einmal erklärt haben: „Wenn ich Arbeiter wäre, so würde ich auch Sozialdemokrat sein“. Er giebt vor Gericht diese Aeußerung zu und erläutert sie dahin, daß er in der Sozialdemokratie die Vertretung der Arbeiterinteressen erblicke und deshalb den Anschluß eines denkenden Arbeiters an die Sozialdemokratie für ganz erklärlich halte. Wenn dieser Prozeß auch weiter nichts zu Tage gefördert hätte, als diesen einen Ausdruck, so wäre der Erfolg für uns „vaterlandslöser Gesellen“ schier unbezweifelbar.

Und noch etwas anderes hat der Fall Thomsen kontra Köhler gezeigt. Bekanntlich wird den Sozialdemokraten der Vorwurf gemacht, daß sie es mit der Wahrheit nicht genau nehmen und vor der Heiligkeit des Eides keinen Respekt hätten. Auch der große Sozialistenhändler Thomsen hubt gefändigermaßen dieser Ansicht und hat niemals ein Gehl daraus gemacht. Aber wie steht es denn mit seiner Wahrheitsliebe und seinem Eide? Nicht allein, daß er über seinen Gegner unbewiesene, unwarere Verdächtigungen aufgetrieben hat, er hat sogar an amtlicher Stelle, in der Elmhorner Stadtvorordneten-Sitzung Behauptungen aufgestellt, mit dem Hinzufügen, daß er sie jeden Augenblick bekräftigen könne, die sich hinterher vor Gericht als Unwahrheiten herausstellten. Zur Charakteristik der Stellung des Bürgermeisters zum Eide möge folgende Episode dienen, die wir nach in der Sitzung gemachten Aufzeichnungen wortgetreu wiedergeben. Ein Elmhorner Rechtsanwält Dr. Vamp theilte als Zeuge unter Eid mit, daß Thomsen den Hotelier, bei dem Köhler wohnte, aufgefordert habe, letzteren „hinauszuschmeißen“, andernfalls er ihn in jeder Hinsicht schädigen würde. Bei der Vernehmung des Bürgermeisters Thomsen entwickelte sich diese Szene: Vorsitzender Landgerichtsdirektor Kräger: Zeuge Thomsen, haben Sie zu irgend einem Bürger Elmhorns gesagt, Sie würden ihn schädigen, falls er den Amtsrichter nicht hinauszuschmeißen würde? — Zeuge: Nein, niemals! — Vors.: Haben Sie eine derartige Aeußerung auch nicht dem Hotelbesitzer Volster gegenüber gethan? — Zeuge: Nein. — Vors.: Befinnen Sie sich einmal, es ist doch nicht möglich ist; es sind nämlich in der heutigen Verhandlung derartige Behauptungen gemacht worden. — Zeuge: Ich habe eine derartige oder ähnliche Aeußerung niemals gethan. — Vorsitzender Rechtsanwalt Ullrich: Ich beantrage, diese Aussagen des Zeugen Thomsen zu Protokoll zu nehmen, ich werde durch das eidliche Zeugniß zweier Personen den Nachweis antreten, daß dieselbe unwahr ist. — Vors.: Zeuge Thomsen, beharren Sie bei Ihrer Aussage? Ueberlegen Sie sich Ihre Worte und denken Sie an die Folgen, die ein Meineid nach sich zieht. — Zeuge: Ich bleibe bei meiner Aussage. — Vors.: Dann müssen wir dieselbe protokollieren. (Zum Gerichtsschreiber, diktierend) ... Ich bestritte ganz entschieden, jemals zu dem Hotelbesitzer Volster gesagt zu haben ... Zeuge Thomsen: Gutkündigen Sie, Herr Direktor ... ich kann mich nicht mehr ... es ist schon lange her ... ich weiß nicht ... ich entsinne mich nicht mehr, ob ich diese Aeußerung gemacht habe oder nicht. — Vorsitzender Staatsanwalt Ullrich: In diesem Falle hat die Protokollierung wohl keinen Zweck weiter. — Verth.: Auch ich lege keinen Werth mehr darauf; es genügt mir, ein kleines Schlaglicht auf die Wahrheitsliebe des Zeugen Thomsen geworfen zu haben. — So sagt Herr Thomsen, der Bekämpfer des „meisidigen Sozialdemokraten“ unter Eid aus, wenn er vor Gericht steht. Ist es da zu verwundern, daß nach Schluß der Verhandlung Zeugen und Zuhörer über die Aussagen des Herrn Bürgermeisters ihre besondere Meinung hatten.

Nun zu dem interressantesten Punkte der ganzen Verhandlung. Bekanntlich hat der Amtsrichter v. Köhler eines Abends den Bürgermeister auf der Straße getroffen und geschlagen, letzterer befindet sich in Begleitung von zwei Freunden, des Aiffessor vom Hof und des Rechtsanwalts Dr. Vamp, die zu dem ausgesprochenen Zwecke mitgegangen waren, um den Vorgang zwecks späterer Zeugnisablegung genau zu beobachten. Nun stellt der Beschlagene das Rekontra anders dar wie der Schläger und jeder der beiden Zeugen giebt wieder eine abweichende Darstellung des Herganges. Zeuge Thomsen sagt unter Eid aus, daß Köhler ihn hinterwärts überfallen und mit einem Stock geschlagen habe, wobei des Zeugen Schirm in Stücke gegangen sei; er habe seinen Anzeiger vor dem Schläge nicht gesehen. Der Angeklagte und die beiden Zeugen behaupten dagegen, letztere natürlich unter Eid, daß Thomsen sie wohl gesehen habe, er habe sich umgedreht und sei dann in beschleunigtem Geschwindschritt weitergegangen, so daß sie ihm kaum hätten folgen können; übereinstimmend bekunden sie, daß Köhler seinem Gegner nur eine einjige Ohrpeise mit der rechten Hand gegeben und seinen Stock dabei in der Linken gehabt habe. Von diesem Zeitpunkte an differiren auch die Aussagen des Rechtsanwalts und des Aiffessor; während der eine behauptet, daß Thomsen seinen Schirm erhoben und Köhler damit auf die Schulter geschlagen, behauptet der andere ebenso bestimmt, daß der Schirm zwar aufgehoben, aber durch einen Windstoß übergeschlagen worden sei; von einem Zerbrechen des Schirmes, wie Thomsen angebe, könne überhaupt keine Rede sein. Letzterer bleibt jedoch dabei, daß ihm sein Schirm zerfallen worden sei und er denselben habe zur Reparatur geben müssen; auf Vorhalt des Vorsitzenden, daß er in der Vorunter-suchung nichts von einem zerbrochenen Schirm erwähnt, bleibt er die Antwort schuldig. Um den tatsächlichen Hergang beim Rekontra festzustellen, läßt der Vorsitzende jeden einzelnen der Beteiligten die Situation mit dem vorhängisvollen Stock, der sich an Gerichtsstelle befindet, plastisch vorfahren, es gelingt jedoch nicht, eine Uebereinstimmung herbeizuführen.

Also vier juristische Personen, von denen zwei extra zu dem Zweck mitgegangen sind, um den Vorgang eines späteren Zeugnisses wegen genau zu beobachten, vermögen diesen Vorgang nicht übereinstimmend zu schildern, sondern weisen in wesentlichen Punkten von einander ab. Wer denkt hierbei nicht unwillkürlich an den Meinidprozeß Schröder und Genossen vor den Essener Geschworenen? Dort wie hier handelte es sich um die wahrheitsgetreue Schilderung eines an sich recht nebensächlichen Vorganges; dort wie hier wichen die Aussagen der Augenzeugen von einander ab; dort wie hier gelang es dem unbetheiligten Zuhörer nicht, ein richtiges Bild von dem fraglichen Rekontra zu gewinnen. Ich bin weit davon entfernt, den Zeugen im Prozeß Köhler den Vorwurf des Meineids zu machen, hervorheben möchte ich aber doch, wie schwer es ist, einen beobachteten Fall objek-

Zum Prozeß v. Köhler-Thomsen.

Hamburg, 27. Juni.
Wie den Lesern mitgetheilt ist, hatte sich der Amtsrichter v. Köhler zu Elmhorn am 26. Juni vor dem Altonaer Landgericht wegen Forderungszwang zum Zweikampf, wegen öffentlicher Beleidigung und Körperverletzung zu verantworten und wurde hierüber in einer Woche Festungshaft und 100 M. Geldstrafe verurtheilt. Die Veranlassung zu dem Prozeß lag in einem Streite zwischen dem Angeklagten und dem als großen Sozialistenbestimmten Elmhorner Bürgermeister und Lieutenant a. D. Thomsen. Letzterer hatte hinter dem Rücken seines Gegners Klatschereien verbreitet, die sich vor Gericht als Unwahrheiten herausstellten. Als v. Köhler den Bürgermeister zum Widerruf aufforderte, weigerte sich dieser und wies dann auch eine ihm ungenügende Forderung zum Zweikampf auf Pistolen zurück, da sein Gegner nicht satisfaktionsfähig sei; infolge dieser Vorgänge obersagte der Amtsrichter den Bürgermeister eines Abends auf offener Straße zum Entzihen der Gelfestnuten und zum Gaudium der Sozialdemokraten in Elmhorn.
Da in diesem Prozeße fast sämtliche Honoratioren Elmhorns vertreten waren, so wußte derselbe ein helles Licht auf die „nach Bildung und Befähigung bestehende Kreise“ einer Provinzialstadt. Aber auch in anderer Beziehung bietet der Fall Thomsen kontra Köhler manches Interessante.
Das gestrige Niveau des „gebildeten Bürgerthums“ kann wohl kaum besser charakterisirt werden, als es durch die Vorwürfe geschieht, die der Stadtoberste von Elmhorn seinem Gegner macht. Angenehm röhrt der ganze Streik aus der Aivalität um den gesellschaftlichen Vorrang her; jeder der beiden Herren wollte der erste sein in der guten Stadt Elmhorn. Mit eifersüchtigen Blicken spähte der Bürgermeister nach den Schwächen seines Rivalen und da entdeckte er zunächst, daß derselbe weite Hosen und gelbe Schuhe trägt; er taufte auf ihn als den „schneidigen Juristen aus Hinterpommern, dessen Bewohner sich durch ihre Intelligenz auszeichnen“, woraus der also Gelehrte ein Hoch auf Schleswig-Holstein, die Heimath Thomsen's „ein gezeichnetes Land, dessen Oafen in ganz Deutschland berühmt sind“. Kurze Zeit darauf begeht Köhler das Verbrechen, zu einem Honoratiorenballe zwei Damen mitzubringen, die durch ihre auffallende Kleidung von den biedereren Elmhornerinnen gar unliebsam abstechen. Flugs konstruirt das sittenstrenge Stadthaupt einen neuen „Fall“: „Die beiden Damen sind anrüdige Weiber“, zischelt er seinen Bekannten ins Ohr und bald pfeifen die Elmhorner Späzler von den Dächern: „Der Amtsrichter hat — schrecklich aber wahr! — zwei Hamburger Kontrollirnen auf den Honoratiorenballe gebracht! Hinterher stellt sich allerdings heraus, daß diese vermeintlichen Dirnen zwei hochansehnliche Damen aus einer hochgehörbaren Altonaer Familie gewesen sind. Dann durchschneißelt der Bürgermeister das Vorleben des Amtsrichters und entdeckt denn auch wirklich den heiß ersehnten „dunklen Punkt“. Vor 15 Jahren, als v. Köhler als junger Student in Göttingen weilte, ist derselbe aus dem Korps „Vorussia“ aus-

richtig zu schildern und alle Einzelheiten der Wahrheit gemäß übereinstimmend darzustellen.

Nachdem der Verfasser dieser Zeilen dem Prozeß von Köller beigegeben hat, ist er mehr denn je davon überzeugt, daß die Geschworenen im Prozeß Schröder und Genossen einen objektiv falschen Spruch abgegeben haben, und daß unsere Genossen unschuldig im Zuchthaus sitzen.

Partei-Nachrichten.

Parteiliteratur. Von der in der Buchhandlung Vorwärts erscheinenden Romanbibliothek „In freien Stunden“ wird in dieser Woche das 27. Heft herausgegeben. Damit beginnt ein neues Abonnement. Wir bitten die Genossen um regste Unterstützung dieses Unternehmens, damit der mit demselben verfolgte Zweck „Verdrängung der Schundliteratur aus den Arbeiterfamilien“ erreicht wird. Listen zum Abonnentenverzeichnen, Prospekte etc. stehen in der Buchhandlung jederzeit zur Verfügung.

Ueber die Frage der Beihilfung an den preussischen Landtagswahlen vertritt kürzlich der Arbeiter-Bildungsverein in Essen. Das Referat hatte der Parteigenosse Lehmann. Nach dem Bericht der Rheinisch-Westfälischen Arbeiter-Zeitung“ führte er aus: Der preussische Landtag ist nicht so unwichtig, wie er vielleicht von vielen gehalten wird. Da ist zunächst die Steuerfrage, die Schule, die Beförderung der Lehrer und das Verhältnis derselben zur Kirche, ferner die Beförderung der Eisenbahn- und sonstigen preussischen Beamten. Nach und nach hat sich die Reaktion (die Junker) aus dem Reichstag in den Landtag gedrängt. Nun soll man nicht dem Jörn oder dem Dringen des Organs nachgeben, sondern die Vernunft reden lassen. Wenn man bedenkt, welchen Vorteil die erste und zweite Wählerklasse der dritten gegenüber haben, so ist bei einem Vorgehen auf eigene Faust kein Sieg zu erlangen, zumal die Wahl keine geheime ist. Nicht nur der Arbeiter und Beamte, sondern auch Geschäftsleute werden sich der Stimme enthalten oder einen Gegner wählen. Man könnte höchstens der Freisinnigen Volkspartei — abgesehen davon, daß die Freisinnige Partei seinerzeit noch 88 Abgeordnete für Verlangung des Sozialistengesetzes gestellt — seine Stimme geben. Von einem Kompromiß können wir absehen, denn mit wem soll man ihn abschließen? In der Verbands- und Versammlungsfreiheit ist das Zentrum das kleinere Uebel, in der Schulfrage ist es das größere Uebel, während die Nationalliberalen das kleinere Uebel sind. Auch wenn das Zentrum mit uns ein Kompromiß abschließen würde, was wir aber nicht glauben, so schädigte es sich selbst, denn seine Anhänger würden uns näher gesüßt, und wenn wir warten wollten, bis uns die Bürgerlichen ein Kompromiß anbieten, können wir lange warten. Nedner hält den Vorschlag Auer's erwähnenswert. (Beifall.) In der Diskussion sprach Kohns im Sinne Lehmann's, während Hahnfeld für die Landtagswahlen ohne Kompromiß plädiert, um die Arbeiter dahin zu bringen, Farbe zu bekennen und sie zu erziehen, eventuell die linksstehenden Parteien zu unterstützen, damit die Reaktion gebrochen wird. Lehmann erklärte im Schlusswort, die Beihilfung an der Landtagswahl für das ungeliebteste Feld; bei den Reichstagswahlen könnten wir unsere Stärke besser erproben.

Totenliste der Partei. Verstorben ist in Nürnberg der Zigarenarbeiter Hermann Franke, langjähriges Mitglied des Wahlvereins; in Sonneberg L. H. der Parteigenosse Richard Leifersdorfer.

Zeit-Weisensfelder Bergarbeiter-Streik.

Unser Korrespondent schreibt:

Die zu Sonnabend geplante Verhandlung zwischen den streikenden Parteien hat nicht stattgefunden, da, laut Schreiben des Landrats v. Richter, die Generaldirektoren „vor der Hand“ die Teilnahme ablehnten. Sie verlangen vorerst noch eine größere Reduzierung der Forderungen. Die Vergleiche werden darauf voraussichtlich nicht eingehen.

Von Grube 297 bei Reußen trat am Sonnabend die Hälfte der Grubenleute ebenfalls in den Streik. Die einzige Grube, die sich an der Bewegung nicht beteiligte, ist die Grube Raumburg bei Deuben. Hier hat der Direktor Mann versprochen, nach dem 1. Juli d. J. jenen Lohn zu zahlen, den die Streikenden erringen würden. Infolge dessen arbeiten die Leute weiter.

Seit Mittwoch Abend ist im Auftrage des Verbandsvorstandes der Landtagsabgeordnete früherer Bergmann P. Horn aus Zwickau als Bevollmächtigter im Streikgebiet anwesend, um sich über die Situation zu orientieren. Die gegnerischen Blätter, die Horn gleich nach den Titel eines Reichstagsabgeordneten zulegen, meinen, daß er gekommen sei, um für den Streik zu agitieren, was natürlich erfunden ist.

Auf Grube „von Hohl“ und „Johannes“ wollten die Arbeiter am Sonnabend ihren noch in dieser Woche verdienten Lohn abholen; derselbe wurde ihnen jedoch mit dem Hinweis verweigert, daß jeder seinen Lohn erhalten könne, wenn — er am Montag ansafare. Die Arbeiter von Montanmerke jedoch haben den Streikenden den verdienten Lohn ausgezahlt, denen von Grube „Paul“ sogar die bewilligte Lohnzulage.

Versammlungen fanden am Sonnabend drei statt und zwar in Rembchen, Ober-Werschen und Bröbich. In allen Versammlungen, die sehr zahlreich besucht waren, referierten streikende Vergleiche über die Bewegung. Von irgend einer Beschlußfassung wurde abgesehen, da man den Verhandlungen zwischen den Streikenden und den Verwaltungen nicht vorgreifen wollte.

In einer Versammlung am Sonntag Nachmittag in Zeit kam das Verhalten der Hirsch-Zunder'schen Gewerksvereine zur Sprache. Dieselben haben unter den Vergleichen eine Anzahl Mitglieder. Am Mittwoch hat nun eine Besprechung derselben in Teudern stattgefunden, an der der Sekretär Herr Künzmann teilnahm. Dieser Herr tabelte unter den Forderungen die des 1. Mai und die der Achtstundenschicht und drohte, daß seine Unterstützung gezahlt werden würde. Viele Gewerksvereine sind aber auch dem Verband beigetreten, der ihnen Unterstützung gewährt, und so traten sie den Anschauungen des Generalsekretärs energisch entgegen und verließen die Sitzung. Jetzt haben die Lokalvereine beschloffen, jeden Bergmann aus den Mitgliederlisten des Gewerksvereins binnen 14 Tagen zu streichen, wenn er nicht aus dem Deutschen Berg- und Hüttenarbeiter-Verband wieder austritt. Das wird nun wohl nicht geschehen, und so kann es denn kommen, daß in manchen Orten sich der Gewerksverein auflöst, da, wie gesagt, viele seiner Mitglieder auch dem Verbands angehören.

Der Kohlenmangel macht sich bereits recht fühlbar. Die Preise steigen. Mehrere Waggons Kohlen wurden aus dem Weisensfelder Revier geholt. Die Gasurth'sche Dampfriegel in Teudern hat ihre Kohlen jetzt ebenfalls aus jenem Bezirk entnommen und zwar von Grube „Union“. Es werden, wenn der Streik länger andauern sollte, Betriebsstörungen mancher Fabriken befürchtet.

Am Dienstag Nachmittag werden laut Bestimmung der Streikkommission die ersten Unterstutzungen ausgezahlt.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgebung.

Am falschen Annahmen vorbeugen theilt uns Herr Schoneck mit, daß sein Ausschluß von der freien Vereinigung der Zivill-Berufsanwärter wegen eines von ihm im „Ostwestf.-Beihüfen“ veröffentlichten Artikels erfolgte. Wegen diesen Beschluß ist ein Schiedsgericht angerufen, dem die Angelegenheit zur Prüfung vorgelegt werden soll.

Deutsches Reich.

In Landberg an der Warthe haben die Wildhauer der Bendig'schen Holzbearbeitungs-Fabrik die Arbeit niedergelegt, weil ihnen — wie sie in einem dortigen Blatt erklären — Akkordarbeiten angeboten wurden, bei denen der fleißigste

und geschickteste Arbeiter künftig nur 15 Pf. verdienen könne. Nur ein Wildhauer beteiligt sich nicht an dem Streik.

In Neuwerk in Schlesien streiken die Gerber der Otto Pavel'schen Gerberei. Sie verlangen den Zehnstundentag.

Aus Krostok wird uns mitgetheilt: Der Tischlerstreik dauert fort und zwar in verschärfter Form. Unterhandlungen zwischen den Streikenden und den Unternehmern schicrten an der scharfen Haltung der letzteren. Die Herren erklärten, in der Forderung, die wöchentliche Arbeitszeit um eine Stunde zu verkürzen (statt um 7 Uhr sollte Sonnabends um 6 Uhr Feierabend sein) erblickten sie eine Nachfrage. Daraufhin haben die Streikenden mit 110 gegen 7 Stimmen beschloffen, den Streik fortzusetzen und folgende höhere Forderungen zu stellen: 1. Die Arbeitszeit währt täglich 9 1/2 Stunden; 2. als Mindestlohnsgeld wird gezahlt 85 Pf. pro Stunde; 3. der vereinbarte Stundenlohn ist bei Akkordarbeit zu sichern und jeden Sonnabend auszugeben; 4. außer dem vereinbarten Stundenlohn wird für Ueberstunden ein Zuschlag von 5 Pf. gezahlt; 5. Lieferung von Lohnbüchern. Alle Arbeiterblätter werden um Abdruck gebeten, und alle Kollegen ersucht, den Bezug nach Krostok bis auf weiteres streng fernzuhalten. Das Streikkomitee.

Aus Bielefeld meldet die „Volksrecht“ zum Stande des Maurer- und Zimmererstreiks: Das neueste vom Kriegsausschuss ist, daß nach Angabe des Polizeiwachmeisters Schröder II die Bahnsteigkarten keine Gültigkeit mehr für die Streikenden haben sollen. Die Streikenden sollen nicht mehr auf den Bahnsteig kommen. Auch das wird sich als ein Schlag ins Wasser erweisen.

Die Lohnbewegung der Tischler und Glaser Drebens ist für beendet erklärt. Es arbeiten in 160 Gefässen 1145 Schiffsleute unter den neuen Bedingungen, 15 Mann (6 Verbeirathete) befinden sich noch im Ausstand, 88 Mann (8 Verbeirathete) sind als arbeitslos gemeldet. In einer Reihe von Verhältnissen haben sich die Arbeiter überhaupt nicht an der Lohnbewegung beteiligt. Dem Central-Streikfonds des Verbandes wurden aus Lokalmitteln 1000 M. überwiesen.

In der Porzellanfabrik in Ilmenau in Thüringen legten am Donnerstag die Dreher die Arbeit nieder. Schon seit einiger Zeit waren sie genöthigt, nur halbe und dreiviertel Tage zu arbeiten. Obwohl ihnen dadurch der Verdienst beträchtlich geschmälert wurde, haben sie, wie die Thüringer Zeitung“ mittheilt, willig den durch die beschränkte Arbeitszeit entstandenen Lohnausfall getragen, nur verlangten sie eine bestimmte Festsetzung der Akkordlöhne, die schon bei öfteren von der Fabrikleitung willkürlich und zwar zum Schaden der Arbeiter geändert worden waren. Auf alle Vorstellungen, die die Arbeiter in Beziehung auf Regelung der Löhne machen wollten, erfolgten nur Versprechungen. Am Donnerstag wurden die Arbeiter nun nochmals vorfellig. Einer ihrer Wortführer wurde entlassen und nun stellen die übrigen die Arbeit ein.

Ueber den Maurerstreik in Neustadt a. d. Saardt, der seit ca. 8 Wochen währt und bei dem es sich darum handelt, 40 Pf. Minimal-Stundenlohn und den Zehnstundentag an stelle der eif-stündigen Arbeitszeit durchzusetzen, meldet die „Frankf. Ztg.“, daß neuerdings zwei Einigungsversuche gemacht worden sind, wobei der plätzliche Fabrik-Inspektor und der Neustädter Bürgermeister Exter die Vermittelung übernommen hatten. Beide Male schicrten die Unterhandlungen an der Weigerung der Meister, den zehnstündigen Arbeitstag zu gewähren. Die Hartnäckigkeit der Meister hat angeliebt ihren Handlungsgrund darin, daß sie von event. Nachgiebigkeit den sofortigen Ausbruch eines Maurerstreiks in der ganzen Platz erwarten. Neuerdings soll zur Vereitelung der erfolgreichen Bemühungen der Maurer, Bezug von anwärts fernzuhalten, versucht werden, Klagen wegen groben Unfugs gegen die am Bahnhof postirten Maurer zu erheben.

Ausland.

In Steiermark stehen die Arbeiter der Brauereien in einer Bewegung um Verbesserung ihrer Lage. In mehreren Orten kam es zum Streik, der meist von Erfolg war. So in Graz, wo 500 Arbeiter der Meinighaus'schen Brauerei die Arbeit eingestellt hatten. Sie errangen einen glänzenden Sieg. Das gleiche gilt von dem Ausstand der Brauer in Gäß bei Leoben.

Ein Kongreß von Arbeitern der Sägewerke und Schneidmühligen Schwedens wurde kürzlich in Gelle abgehalten. Anwesend waren sieben Vertreter für ungefähr 700 organisierte Arbeiter. Außerdem nahmen theil Vertreter des Transportarbeiter-Verbandes. Der Erfolg unter den Waldarbeitern ist bisher gering gewesen, weshalb die Reorganisation des 1891 gegründeten Verbandes vorgenommen wurde. Auf eine Anfrage des Stockholmer Lokalverbandes, ob sich jeder neugegründete Lokalverband auch der sozialdemokratischen Partei anschließen müße, sprachen sich alle Redner dahin aus, daß sie Anhänger der Partei seien, daß es aber aus taktischen Gründen besser wäre, den neuen Lokalverbänden diese Entscheidung selbst zu überlassen. In einer Resolution wurde die Sozialdemokratie als die einzige Partei bezeichnet, zu der die Arbeiter Vertrauen haben könnten. Von den übrigen Beschloffen sei erwähnt, daß eine genaue Sachstatistik aufgearbeitet werden soll.

Soziales.

Ueber die Verhältnisse der handindustriellen Spinnen-Flöppelei in Oberfranken werden zur Zeit im Auftrage der Regierung durch die Handels- und Gewerbeamtler Erhebungen gepflogen, die sich namentlich auf die Zahl der in dieser Hausindustrie beschäftigten Arbeiterinnen, Arbeitszeit, Verdienst, Arbeitsverhältnisse etc. erstrecken.

Katholische Arbeiterorganisationen. Nach einer Publikation der Verbandsleitung umfaßt der Verband katholischer Arbeitervereine Süddeutschlands (Wagern, Württemberg, Baden, Reichslande und Diözese Limburg) im Jahre 1896 181 Vereine (1895: 92) mit 98 980 (1895: 25 450) Mitgliedern, darunter 4128 außerordentliche. Außerhalb des Verbandes stehen in Wagern, hauptsächlich in der Rheinpfalz, 81 Vereine mit 4000 Mitgliedern. In Württemberg und Baden sind sämtlichen Vereine beim Verband. Von den reichsländischen Vereinen ist nur Stralburg beim Verband; 22 Vereine mit 5000 Mitgliedern stehen außerhalb desselben. Die hessischen Arbeitervereine (58 Vereine mit 9500 Mitgliedern) bilden einen Verband für sich. In Norddeutschland bestehen rund 500 Vereine mit 100 000 Mitgliedern, so daß die Gesamtzahl der katholischen Arbeitervereine in ganz Deutschland circa 800 Vereine mit ungefähr 155 000 ordentlichen Mitgliedern beträgt. Im süddeutschen Verband sind Sterbefällen in 67 Krankenkassen in 62 Vereinen, die Mitglieder haben in den Sparkassen der verschiedenen Vereine betragen bei 2000 Einlegern 214 134 M. In einzelnen Vereinen bestehen Darlehenskassen, Miethgenossenschaften, Konsumvereine, Arbeitsnachweise, Kassen für Arbeitslose, Volksbücherei. In den meisten Vereinen wurde das Hauptgewicht auf die Pflege religiöser Gesinnung und Vorträge gelegt. Auf gewerkschaftlichem Gebiete sind die meisten Vereine über schwache Versuche nicht hinausgekommen.

Der Stand des französischen Arbeitsmarktes im Mai hat sich gegenüber April eher verschlimmert. Die damals konstatierte Besserung hat nicht angehalten. 475 Gewerkschaften mit 120 000 Mitgliedern gaben dem Arbeitsamt bis zum 15. Mai die Zahl der Arbeitslosen auf beinahe 7 pCt. an. Reichlichere Arbeitsgelegenheit als in der gleichen Periode des Vorjahres wird von 13 pCt. der Gewerkschaften mit 7 pCt. der Mitglieder angegeben, gleiche Arbeitsgelegenheit von 58 pCt. der Gewerkschaften mit 63 pCt. an Mitgliedern, längere Arbeitsgelegenheit von 31 pCt. der Gewerkschaften mit 30 pCt. der Mitglieder.

Soziale Rechtspflege.

Unfall eines Kindes auf dem Heimwege von der Futter-ernte. Die siebenjährige Dorothea Müller hatte ihre ältere Schwester nach einer Wiese begleitet und ihr dabei geholfen, Ziegen-

futter zu sammeln. Auf dem Heimwege fiel die Kleine und zog sich dadurch eine tiefe Wunde zu, daß sie mit der Hand in einen Glascherben schlug. Ihr Vater, der Fabrikarbeiter ist, nebenbei aber kleine Landwirthschaft hat, verlangt darauf für das Mädchen von der landwirthschaftlichen Berufsgenossenschaft eine Unfallrente. Er betonte besonders, daß das Futter für die von ihm gehaltenen Ziegen bestimmt gewesen sei. Die Berufsgenossenschaft lehnte indessen den Anspruch ab und auch das Schiedsgericht erkannte zu ungunsten des Klägers. Das Gericht gab zwar zu, es könnten auch Kinder unter Umständen als landwirthschaftliche Arbeiter angesehen werden, jedoch war es der Meinung, daß es sich hier mehr um eine kindliche Spielerei gehandelt habe und nicht um eine ernste Besehätigung. Reichstags-Abgeordneter B. Schmidt (Frankfurt) suchte diese Entscheidung für den Kläger im Wege des Rekurses an und vertrat ihn auch in der mündlichen Verhandlung vor dem Reichs-Versicherungsamt. Der Rekurs wurde zurückerwiesen, und zwar wesentlich deshalb, weil der Unfall auf dem Heimwege passirt ist. Dr. Sarrazin führte begründend aus: Bei landwirthschaftlichen Arbeitern sei allerdings der Natur der Sache nach der Weg von und zu der Arbeit im größeren Umfange mit in den Betrieb einzuziehen. Dabei werde aber vorausgesetzt, daß der landwirthschaftliche Betrieb den Ausschlag gebe. Im vorliegenden Falle beruhe nun die wirthschaftliche Existenz der Leute wesentlich auf der Fruchtbearbeitung des Familienhauptes und die Landwirthschaft spiele eine ganz untergeordnete Rolle. Das Versicherungsamt könne daher hier nicht abweichen von den Grundbegriffen, die es für die Industrie Arbeiter betreffs des Heimweges aufgestellt habe. Danach liege aber der Weg von und zu der Arbeit gewöhnlich nicht im Banne des Betriebes und sei nicht mit versichert. Der Anspruch hätte aber auch sonst nicht anerkannt werden können, da die Kleine ihrer älteren Schwester wohl hier und da geholfen habe, jedoch nicht zweck- und zielbewußt vorgegangen sei. Erst zweck- und zielbewußtes Handeln im Betriebesinteresse mache ein Kind zum versicherten Arbeiter.

Gerichts-Zeitung.

Elne Szene aus dem Berliner Banleben wurde in einer Verhandlung entrollt, welche gestern vor der 189. Abteilung des Schöffengerichts stattfand. Der Tischlermeister Karl Janke bebante im vorigen Jahre das Grundstück Auguststraße 84. Die Ausführung der Maurerarbeiten hatte er dem in Friedenau wohnhaften Maurermeister Hoffmann übertragen. Dieser ließ sich am Sonnabend, den 19. Februar vorigen Jahres nicht auf dem Bau sehen, die dort beschäftigten 15 Maurer mußten ohne einen Pfennig Lohn nach Hause gehen. Sie hatten schon allerlei über die Zahlungsunfähigkeit Hoffmann's gemunkelt hören und befanden sich nicht dabei in etwas erregter Stimmung, als sie am folgenden Tage, dem Sonntage, ihren Banherren Janke in seiner Wohnung aufsuchten. Dieser erklärte, daß ihn die Geschichte eigentlich nichts angebe, da Hoffmann für den Lohn aufzukommen habe, er versprach aber, dafür Sorge tragen zu wollen, daß die Leute ihr Geld erhielten. Hiermit gaben die Maurer sich zufrieden. Als Hoffmann am Montag wieder nicht auf der Baustelle erschien, nahmen auch die Maurer die Arbeit nicht wieder auf. In diesem Tage wurden sie Janke gegenüber in ihren Forderungen schon dringender. Er ließ sie, am Dienstag Nachmittags nach dem Bau zu kommen, er wolle zusehen, ob er dann ausbezahlen könne. Zur verabredeten Zeit stellten sie sich ein, nach längerer Zeit erschien auch Janke mit dem Maurermeister, der nunmehr den Bau fertig machen sollte. Die Maurer verlangten sofort energisch ihren Lohn, worauf Janke die Dreifsigkeit hatte, zu erwidern: „Wenn ihr anständig seid, bekommt ihr Eueren Lohn, sonst aber nicht.“ Als die Leute ihm zu Leide rückten, forderte er sie auf, den Bau zu verlassen, einige der Maurer drangen aber mit den Worten: „Ach was, Deine Wische mußt Du kriegen“, auf ihn ein und schlugen und stießen ihn. Erheblicher Natur war der Streit aber nicht. Gestern standen nun sämtliche Maurer, 15 an der Zahl, vor dem Schöffengericht. Sie sollen sich insgesammt des gemeinschaftlichen Hausfriedensbruchs und vier von ihnen der Körperverletzung schuldig gemacht haben. Der Staatsanwalt beantragte selbst in betreff des ersten Vergehens die Freisprechung, da die Angeklagten ja nach dem Bau bestellt waren und andererseits ihre Angaben, daß sie in dem allgemeinen Durcheinander von der Aufforderung, den Bau zu verlassen, nichts gehört hätten, erklärlich schienen. Dagegen beantragte der Staatsanwalt gegen die vier der Körperverletzung Beschuldigten unter Jubilation mildernder Umstände eine Geldstrafe von je 20 Mark. Der Gerichtshof erkannte im wesentlichen nach dem Antrag, änderte das Strafmaß aber dahin um, daß drei der Angeklagten mit je einer Woche, der vierte mit 2 Wochen Gefängnis zu bestrafen sei. Der Vorsitzende Richter Orth führte aus, daß, wenn es auch erklärlich sei, wenn Arbeiter durch Verhinderung ihres sauer verdienten Lohnes in Erregung geriethen, es andererseits doch bei den Uebeln, solche Ausschreitungen wie die vorliegenden so milde zu beurtheilen, wie es seitens der Staatsanwaltschaft geschehen sei. Daß Selbsthilfe in solchen Fällen unerlaubt sei, müßten die Arbeiter wissen. Offenlich legen die Verurtheilten gegen das Urtheil Berufung ein.

Dopefiken und letzte Nachrichten.

Zinsdruck, 28. Juni. (B. G.) Hier ist heute früh 8 1/2 Uhr ein kurzer wellenförmiger Erdstoß wahrgenommen worden.

Budapest, 28. Juni. (B. Z. G.) In dem benachbarten Ort Steinbruck kam es zwischen ungarischen und slowakischen Arbeitern zu einer Schlägerei, an welcher sich einige hundert Personen beteiligten. Es gab mehrere Schwerverletzte sowie einen Todten. Der Haupttödlingsführer der Slowaken wurde verhaftet. Sowohl der Ersttödte wie auch die Schwerverwundenen sind Ungarn.

Budapest, 28. Juni. (B. G.) In zahlreichen Komitaten haben die Präventivmaßregeln des Ackerbauministeriums gegenüber dem geplanten Ausstand der Erntearbeiter eine wesentliche Besserung der Situation hervorgerufen. Die Arbeiter haben erklärt, die geschloffenen Verträge innehalten und die Erntearbeiten beginnen zu wollen. Nur in einem Komitat ist die Lage fortgeblieben ernst; es wurde eine Anzahl Erntearbeiter nach dem Komitat Biedodrog entsandt.

Budapest, 28. Juni. (B. G.) Bei der Eisenbahnkatastrophe zwischen Kolumen und Torda sind bisher 11 Todte und 89 Verwundete festgestellt worden. Unter den Todten befinden sich die Gattin eines Oberst, ein Regimentsarzt, neun Post- und Eisenbahnbeamte. Mehrere Geschäftsleute aus Wien werden noch vermisst.

Prag, 28. Juni. (B. G.) Die das „Montagsblatt“ ans Böhmen meldet, steht in Prag ein Wutkrank bevor. Die hiesigen Banken haben seit längerer Zeit alle Forderungen dieserhalb stillgestellt. Es wird auch befürchtet, daß zahlreiche Architekten und Banmeister in finanzielle Schwierigkeiten verfallen werden.

Paris, 28. Juni. (B. Z. G.) Der Senat bewilligte heute einen Gesetzentwurf, in welchem die von der Budapesteler Telegraphen-Konferenz aufgestellten Tariffsätze angenommen werden. Dergleichen genehmigte der Senat eine Vorlage, durch welche den über den telegraphischen Verkehr zwischen Frankreich, Deutschland, Belgien, den Niederlanden, Luxemburg, der Schweiz und Rußland getroffenen Vereinbarungen die Zustimmung erteilt wird.

Dabre, 28. Juni. (B. G.) Der französische Dampfer „Pampas“, von Montevideo kommend, ist an der Küste von Bretagne mit dem belgischen Dampfer „Tippe“ zusammengefloßen. Letzterer sank sofort. Näheres fehlt noch.

Manila, 28. Juni. (B. Z. G.) In der Provinz Albano hat ein heftiger Ausbruch des Vulkans Mayon stattgefunden. Die Lava richtete große Verheerungen an. Ob Menschen dabei unglücklich sind, ist noch nicht festgestellt.

London, 28. Juni. (B. Z. G.) Nach einer Meldung der „Times“ aus Kapstadt sind Präsident Krüger und Präsident Steyn leicht erkrankt. Eine Meldung der „Times“ aus Buenos Aires zufolge sollen die Aufständischen in Uruguay sich wieder in den Besitz von Rivera an der brasilianischen Grenze gesetzt haben.

Woz. Lading in Berlin. Hierzu 1 Beilage u. Unterhaltungsblatt.

Außerordentliche Generalversammlung des Gewerkevereins christlicher Bergarbeiter.

Essen, den 27. Juni 1897.

Unter sehr zahlreicher Beteiligung fand heute Nachmittag im großen Saale des Alfredshaus eine außerordentliche Generalversammlung des Gewerkevereins christlicher Bergarbeiter statt.

Der Vorsitzende des Gewerkevereins, Bergarbeiter Brust-Altenessen, eröffnete die Versammlung mit dem Bergmannsgruß „Glück auf“ und theilte mit: Während am 1. Februar 1897 der Gewerkeverein christlicher Bergarbeiter 80 Anmeldestellen, 8270 Mitglieder und 6000 Mark Kassenbestand hatte, betrage jetzt die Zahl der Anmeldestellen 1300, die Mitgliederzahl 15 000, der Kassenbestand 6800 M.

Der Vorsitzende des Gewerkevereins, Bergarbeiter Brust-Altenessen, eröffnete die Versammlung mit dem Bergmannsgruß „Glück auf“ und theilte mit: Während am 1. Februar 1897 der Gewerkeverein christlicher Bergarbeiter 80 Anmeldestellen, 8270 Mitglieder und 6000 Mark Kassenbestand hatte, betrage jetzt die Zahl der Anmeldestellen 1300, die Mitgliederzahl 15 000, der Kassenbestand 6800 M.

Der Gewerkeverein christlicher Bergarbeiter drückt die schärfste Mißbilligung darüber aus, daß man mit Zustimmung eines Theiles der Knappschäfts-Ältesten bei Beratung des neuen Statuts den Verein bergbäuerlicher Interessen durch einen Vertreter theilnehmen läßt, eine Vertretung von Seiten der organisierten Arbeiter aber ablehnt, ferner darüber, daß die Verhandlungen und Vorschläge zum neuen Statut geheim vor sich gehen sollen.

Der Gewerkeverein christlicher Bergarbeiter hält die in Bochum erhobene Forderung eines Minimal-Lohnes von rund 1800 M. im Jahre, als für die besonderen Verhältnisse der Bergarbeiter ganz und gar berechtigt, aufrecht und sieht auch heute noch auf dem Boden der Bochumer Resolution über die Lohnverhältnisse, sowie auf dem Standpunkt seiner Lohnforderung.

Pfarrer Lic. Weber-M. Gladbach, mit stürmischem Beifall begrüßt, trat sehr warm für Professor Dr. Wagner ein, der die Angriffe von Stumm und Genossen ehrlich und tapfer zurückgewiesen habe.

Bergarbeiter Effers-Ostersfeld theilte mit, daß er, aus Anlaß seines Eintretens für die Forderungen der Bergarbeiter, von der Belegschaft entlassen worden sei.

Der Vorsitzende, Bergarbeiter Brust, bemerkte: Es werde sich empfehlen, bei dem Grubenrepräsentanten, Herrn Kommerzienrath Ludwig Quisburg, die Wiederanstellung des ausgeschlossenen Kameraden zu beantragen.

Bergarbeiter Müller-Huttopf beantragte, gegen die Herrenhaubtre Stumm zu protestieren. Ein Mann, der eine jährliche Einnahme von 2 Millionen beziehe, habe in erster Reihe alle Ursache, Gott zu danken. Es sei merkwürdig, daß Frhr. v. Stumm immer nur von Gott rede, wenn es gelte, die Arbeiter zu bekämpfen.

Vikar Brauns-Vorbeck: Er stimme dem Vorredner vollständig bei, einen formellen Beschluß gegen Stumm halte er aber für überflüssig. Es sei kein Zweifel, daß die Reden Stumms den sozialen Unfrieden nur schären. Er spreche offen als Warnung aus: der soziale Friede werde sich auf die Dauer nicht erhalten lassen, wenn man den Bestrebungen der Arbeiter für Verbesserung ihrer materiellen Lage entgegenstehe.

Bringewald bemerkte: Die gute Konjunktur gestatte zweifellos eine Lohnerhöhung. Er beantrage, der Resolution Brust hinzuzufügen:

Innbesonders beantragen wir, in Erwägung, daß der Unterschied zwischen den Bergarbeiterlöhnen bei gleich tüchtigen und fleißigen Bergleuten (Altfordarbeitern) vielfach ein so unnatürlich großer ist, indem derartige Arbeiter neben hohen Löhnen auch solche von nur 50 bis 60 Mark ausgezahlt werden, eine bessere Regelung und Gleichhaltung der Löhne.

Bergarbeiter Börse-Eickel: Er halte die geforderte Lohn-erhöhung gewiß für berechtigt und notwendig. Er müsse aber die

Bergarbeiter vor Unbesonnenheiten warnen. Wenn man einen Ausstand unternehme, dann müsse man auch wissen, daß man ihn mit Erfolg durchführen könne.

Die Resolution Brust gelangte hierauf mit dem Zusatzantrage Bringewald und auch die Resolution Köster einstimmig zur Annahme.

Eine längere Debatte veranlaßte alsdann die Anstellung eines Redakteurs für das Organ des Gewerkevereins, dem in Allenstein erscheinenden „Bergknappen“.

Redakteur Bringewald-Wattenscheid: Er müsse es rügen, daß die Sozialdemokratie im „Bergknappen“ beschimpft werde. Es müsse doch bereits jedem klar sein, daß durch Schimpfereien die Sozialdemokratie nicht zu bekämpfen sei.

Brust: Er habe im „Bergknappen“ nur die Schimpfereien der Sozialdemokratie gegen die Ehrenmitglieder zurückgewiesen.

Professor Dr. Hise: Es sei selbstverständlich, daß die Sozialdemokratie nicht mit Schimpfereien bekämpft werden könne, in dem vorliegenden Falle habe es sich aber nicht um eine sachliche Bekämpfung der Sozialdemokratie, sondern um Zurückweisung persönlicher Angriffe gehandelt.

Es wurde schließlich beschlossen: Der Ausschuss wird ermächtigt, neben dem Vorsitzenden einen Redakteur für den „Bergknappen“ anzustellen.

Den folgenden Gegenstand bildete die Gründung einer Spartasse für die Mitglieder des Gewerkevereins. Von allen Rednern wurde die Nothwendigkeit einer solchen Kasse betont und schließlich beschlossen: den Vorstand zu beauftragen, ein Statut für Gründung einer Spartasse anzuarbeiten.

Mit einem Hoch auf den Kaiser wurde die Versammlung geschlossen.

Die Schöneberger Polizeistunde vor dem Oberverwaltungsgericht.

Der Polizeikampf gegen die Sozialdemokratie vollzieht sich bekanntlich im wesentlichen auf dem Gebiete, das die Arbeiterschaft zur Ausübung des Vereins- und Versammlungsrechts betritt; und namentlich in den Vororten der Reichshauptstadt wird dieser Kampf mit einem Eifer betrieben, der schon manchen unbefangenen Mann in Erstaunen gesetzt hat.

Am 10. März 1896 abends fand in einem Saale der Schloßbrauerei zu Schöneberg eine von dem Schlosser Meiling vorher angemeldete öffentliche Volksversammlung statt.

Gegen den Bescheid des Regierungspräsidenten erhob der Schlosser Meiling Klage, welche darauf gestützt wurde, daß die angefochtene Verfügung durch Nichtanwendung bzw. unrichtiger Anwendung des bestehenden Rechts, insbesondere auch der von den Behörden innerhalb ihrer Zuständigkeit erlassenen Verordnungen, den Kläger in seinen Rechten verletze und die thatsächlichen Voraussetzungen, welche die Verfügung rechtfertigen könnten, nicht vorhanden seien.

Die Klage wurde durch die Regierungsvorstände am 7. März 1896 an den Oekonomen der Schloßbrauerei zu Schöneberg folgende Verfügung erlassen: „Auf Ihr Gesuch vom 6. d. M. gestalte ich Ihnen hierdurch unter Vorbehalt jederzeitigen Widerrufs, bis 31. Dezember 1896 Ihr Schanklokal Hauptstraße Nr. 112-114 bis 1 Uhr nachts offen zu halten.“

Die Klage wurde durch die Regierungsvorstände am 7. März 1896 an den Oekonomen der Schloßbrauerei zu Schöneberg folgende Verfügung erlassen: „Auf Ihr Gesuch vom 6. d. M. gestalte ich Ihnen hierdurch unter Vorbehalt jederzeitigen Widerrufs, bis 31. Dezember 1896 Ihr Schanklokal Hauptstraße Nr. 112-114 bis 1 Uhr nachts offen zu halten.“

Die Klage wurde durch die Regierungsvorstände am 7. März 1896 an den Oekonomen der Schloßbrauerei zu Schöneberg folgende Verfügung erlassen: „Auf Ihr Gesuch vom 6. d. M. gestalte ich Ihnen hierdurch unter Vorbehalt jederzeitigen Widerrufs, bis 31. Dezember 1896 Ihr Schanklokal Hauptstraße Nr. 112-114 bis 1 Uhr nachts offen zu halten.“

Die Klage wurde durch die Regierungsvorstände am 7. März 1896 an den Oekonomen der Schloßbrauerei zu Schöneberg folgende Verfügung erlassen: „Auf Ihr Gesuch vom 6. d. M. gestalte ich Ihnen hierdurch unter Vorbehalt jederzeitigen Widerrufs, bis 31. Dezember 1896 Ihr Schanklokal Hauptstraße Nr. 112-114 bis 1 Uhr nachts offen zu halten.“

Die Klage wurde durch die Regierungsvorstände am 7. März 1896 an den Oekonomen der Schloßbrauerei zu Schöneberg folgende Verfügung erlassen: „Auf Ihr Gesuch vom 6. d. M. gestalte ich Ihnen hierdurch unter Vorbehalt jederzeitigen Widerrufs, bis 31. Dezember 1896 Ihr Schanklokal Hauptstraße Nr. 112-114 bis 1 Uhr nachts offen zu halten.“

Die Klage wurde durch die Regierungsvorstände am 7. März 1896 an den Oekonomen der Schloßbrauerei zu Schöneberg folgende Verfügung erlassen: „Auf Ihr Gesuch vom 6. d. M. gestalte ich Ihnen hierdurch unter Vorbehalt jederzeitigen Widerrufs, bis 31. Dezember 1896 Ihr Schanklokal Hauptstraße Nr. 112-114 bis 1 Uhr nachts offen zu halten.“

Die Klage wurde durch die Regierungsvorstände am 7. März 1896 an den Oekonomen der Schloßbrauerei zu Schöneberg folgende Verfügung erlassen: „Auf Ihr Gesuch vom 6. d. M. gestalte ich Ihnen hierdurch unter Vorbehalt jederzeitigen Widerrufs, bis 31. Dezember 1896 Ihr Schanklokal Hauptstraße Nr. 112-114 bis 1 Uhr nachts offen zu halten.“

Die Klage wurde durch die Regierungsvorstände am 7. März 1896 an den Oekonomen der Schloßbrauerei zu Schöneberg folgende Verfügung erlassen: „Auf Ihr Gesuch vom 6. d. M. gestalte ich Ihnen hierdurch unter Vorbehalt jederzeitigen Widerrufs, bis 31. Dezember 1896 Ihr Schanklokal Hauptstraße Nr. 112-114 bis 1 Uhr nachts offen zu halten.“

willigen. Auf Grund dessen hat der Amtsvorsteher durch eine an den Oekonomen der Schloßbrauerei gerichtete Verfügung vom 7. März 1896 für die Zeit bis zum 31. Dezember 1896 gestattet, daß das Schanklokal bis ein Uhr nachts offen gehalten werde.

Die Resolution Köster gelangte hierauf mit dem Zusatzantrage Bringewald und auch die Resolution Köster einstimmig zur Annahme. Eine längere Debatte veranlaßte alsdann die Anstellung eines Redakteurs für das Organ des Gewerkevereins, dem in Allenstein erscheinenden „Bergknappen“.

Die Klage wurde durch die Regierungsvorstände am 7. März 1896 an den Oekonomen der Schloßbrauerei zu Schöneberg folgende Verfügung erlassen: „Auf Ihr Gesuch vom 6. d. M. gestalte ich Ihnen hierdurch unter Vorbehalt jederzeitigen Widerrufs, bis 31. Dezember 1896 Ihr Schanklokal Hauptstraße Nr. 112-114 bis 1 Uhr nachts offen zu halten.“

Die Klage wurde durch die Regierungsvorstände am 7. März 1896 an den Oekonomen der Schloßbrauerei zu Schöneberg folgende Verfügung erlassen: „Auf Ihr Gesuch vom 6. d. M. gestalte ich Ihnen hierdurch unter Vorbehalt jederzeitigen Widerrufs, bis 31. Dezember 1896 Ihr Schanklokal Hauptstraße Nr. 112-114 bis 1 Uhr nachts offen zu halten.“

Die Klage wurde durch die Regierungsvorstände am 7. März 1896 an den Oekonomen der Schloßbrauerei zu Schöneberg folgende Verfügung erlassen: „Auf Ihr Gesuch vom 6. d. M. gestalte ich Ihnen hierdurch unter Vorbehalt jederzeitigen Widerrufs, bis 31. Dezember 1896 Ihr Schanklokal Hauptstraße Nr. 112-114 bis 1 Uhr nachts offen zu halten.“

Die Klage wurde durch die Regierungsvorstände am 7. März 1896 an den Oekonomen der Schloßbrauerei zu Schöneberg folgende Verfügung erlassen: „Auf Ihr Gesuch vom 6. d. M. gestalte ich Ihnen hierdurch unter Vorbehalt jederzeitigen Widerrufs, bis 31. Dezember 1896 Ihr Schanklokal Hauptstraße Nr. 112-114 bis 1 Uhr nachts offen zu halten.“

Die Klage wurde durch die Regierungsvorstände am 7. März 1896 an den Oekonomen der Schloßbrauerei zu Schöneberg folgende Verfügung erlassen: „Auf Ihr Gesuch vom 6. d. M. gestalte ich Ihnen hierdurch unter Vorbehalt jederzeitigen Widerrufs, bis 31. Dezember 1896 Ihr Schanklokal Hauptstraße Nr. 112-114 bis 1 Uhr nachts offen zu halten.“

Die Klage wurde durch die Regierungsvorstände am 7. März 1896 an den Oekonomen der Schloßbrauerei zu Schöneberg folgende Verfügung erlassen: „Auf Ihr Gesuch vom 6. d. M. gestalte ich Ihnen hierdurch unter Vorbehalt jederzeitigen Widerrufs, bis 31. Dezember 1896 Ihr Schanklokal Hauptstraße Nr. 112-114 bis 1 Uhr nachts offen zu halten.“

Die Klage wurde durch die Regierungsvorstände am 7. März 1896 an den Oekonomen der Schloßbrauerei zu Schöneberg folgende Verfügung erlassen: „Auf Ihr Gesuch vom 6. d. M. gestalte ich Ihnen hierdurch unter Vorbehalt jederzeitigen Widerrufs, bis 31. Dezember 1896 Ihr Schanklokal Hauptstraße Nr. 112-114 bis 1 Uhr nachts offen zu halten.“

Die Klage wurde durch die Regierungsvorstände am 7. März 1896 an den Oekonomen der Schloßbrauerei zu Schöneberg folgende Verfügung erlassen: „Auf Ihr Gesuch vom 6. d. M. gestalte ich Ihnen hierdurch unter Vorbehalt jederzeitigen Widerrufs, bis 31. Dezember 1896 Ihr Schanklokal Hauptstraße Nr. 112-114 bis 1 Uhr nachts offen zu halten.“

Die Klage wurde durch die Regierungsvorstände am 7. März 1896 an den Oekonomen der Schloßbrauerei zu Schöneberg folgende Verfügung erlassen: „Auf Ihr Gesuch vom 6. d. M. gestalte ich Ihnen hierdurch unter Vorbehalt jederzeitigen Widerrufs, bis 31. Dezember 1896 Ihr Schanklokal Hauptstraße Nr. 112-114 bis 1 Uhr nachts offen zu halten.“

Die Klage wurde durch die Regierungsvorstände am 7. März 1896 an den Oekonomen der Schloßbrauerei zu Schöneberg folgende Verfügung erlassen: „Auf Ihr Gesuch vom 6. d. M. gestalte ich Ihnen hierdurch unter Vorbehalt jederzeitigen Widerrufs, bis 31. Dezember 1896 Ihr Schanklokal Hauptstraße Nr. 112-114 bis 1 Uhr nachts offen zu halten.“

Tokales.

Aus Anlaß des Maurerstreiks entsalten die Polizei-Organen in Wilmersdorf und Schmagendorf eine ganz besonders rege Thätigkeit zum Schutze der Streikbrecher. Diese „Arbeitswilligen“ werden durch Beamte von den Bahnhöfen geleitet und die gesperrten Wägen werden von morgens vor Beginn der Arbeitszeit bis abends nach Schluß derselben sorgfältig bewacht, auch an den Bahnhöfen wird eine Kontrolle über die mit der Stadt- und Ringbahn fahrenden Arbeiter ausgeübt.

Polizeibureaukratismus im Fuhrwesen. Ein wachsender Ansehens haben allem Anschein nach die Polizeibeamten jetzt auf die an den Fuhrwerken anbringenden Angaben von Namen und Wohnung des Besitzers. Kürzlich berichteten wir, daß eine der bekanntesten hiesigen Brauereien deshalb in Strafe genommen wurde, weil an ihren Wagen zwar Firma, Straße und Hausnummer, aber nicht die Ortsbezeichnung Berlin angebracht war.

dessen Wagen neben dem Namen die Bezeichnung N., Brunnenstraße 14 enthält, wurde wegen der fehlenden Ortsangabe Berlin vernachlässigt, ebenso erging es dem Direktor der Schloßbrauerei Schöneberg, gegen den gleich drei Strafmandate ergangen waren, weil die Bierwagen nur die Bezeichnung: "Schloßbrauerei Schöneberg" tragen. Da die betreffende Polizeiverordnung die Angabe der Ortlichkeit, in welcher der Fuhrwerksbesitzer wohnt, verlangt, so müssen die Richter natürlich zu einer Verurteilung in solchen Fällen kommen, wo die Ortsangabe fehlt. Das gegen die hier in Frage kommende Polizei-Verordnung tagelänglich in vielen Fällen verstoßen wird, davon kann man sich auf einem Gange durch die Straßen Berlins leicht überzeugen. Einem sehr großen Theil von Fuhrwerken fehlt die Ortsangabe Berlin; die Besitzer hielten eine solche Angabe wohl deshalb für überflüssig, weil sie mit Recht annehmen, daß aus der Bezeichnung "N., Brunnenstraße" oder "O., Grüner Weg" jedermann entnehmen könne, es handle sich um eine in Berlin liegende Straße. Da aber dem Wortlaut der Polizeiverordnung damit nicht genüge gethan ist, so werden die Besitzer von Fuhrwerken gut thun, die Ortsangabe an ihren Wagen anbringen zu lassen, ehe sie infolge der Demolition eines eifrigen Polizeideamten mit einem Strafmandat bedacht werden.

Einem Vllthentranz unfreiwilligen parlamentarischen Humors giebt die "Kreuzzeitung" zum besten. Es sind Nummern, die in den Jahren 1896 und 1897 im preussischen Abgeordnetenhaus von den Lippen verschiedener Parlamentarier und hoher Staatsbeamten gefallen sind. Einige besonders drastische Ausprüche seien hier aus der Sammlung wiedergegeben. Am bei der Veröffentlichung jede Unfreundlichkeit zu vermeiden, sind die Namen der Redner weggelassen worden, aber weiß das Datum hinzugefügt:

Diese Vorlage ist ein Kind meines Herzkloßes. (30. 1. 98.) — Ich spreche hier nicht als Abgeordneter, sondern als Vertreter meiner Wähler. (30. 1. 98.) — Vieles auf dem Lande ist Zwang, nur die Produktion von Kindern ist nicht Zwang, die steigt stetig. (31. 1. 98.) — Wir müssen auf die Vereinfachung dieser Mißgeburt hinwirken. (3. 2. 98.) — Wir machen ja alle in den großen Staatsstropf. (7. 2. 97.) — Bedenken Sie, daß sich die alten Werder'schen Obstfrüchte von der Zeit in elegante Dampfschiffe verwandelt haben. (19. 2. 98.) — Es stehen dem Gläubiger gewisse andere schwerwiegende Verpflichtungen gegenüber. (9. 3. 98.) — Im vorigen Sommer hatte unser Herrgott ein Einsehen für unsere gerechte Sache und ließ in Steinbruch eine großartige Schweinefleisch ausbrechen. (18. 3. 98.) — Der kleine Meßger, welcher das kleine Schwein vielleicht nur einmal im Jahre schlachtet. (19. 3. 98.) — Unpraktische Sachmanipulationen. (16. 4. 98.) — Dabei sind zwei Wege in den Vordergrund getreten. 17. 4. 98.) — Bei uns in Westfalen, wo die Leute weit auseinander wohnen, muß die Frau, wenn sie nachmittags aus der Kirche kommt, ihre Bedürfnisse bescheiden können. (7. 4. 96.) — Wir lassen uns in Beladen von 3 Jahren Sanitätsberichte erzählen. (12. 5. 96.) Wenn die Lehrer Kinder bekommen in dem Alter, daß sie aus 96 Nummern geben. (11. 1. 97.) — Diese Thatsache würde nicht richtig sein. (20. 1. 97.) — Man giebt die Hosen nicht stramm, um dabei die schönen Formen zu bewahren. (21. 1. 97.) — Der starke Tabak, welchen er im Reichstage verzapft hat. (22. 1. 97.) — Ich höre von einer Künstlerin, der ich gern einen Gefallen thäte. (3. 3. 97.) — Das sagte der Minister, als er schon die Genehmigung zum Uegen des Eies in der Tasche hatte. Es ist für uns unschmackhaft. Aber es giebt eine zahlreiche Partei im Reichstage, die durch ihre Schadenfreude beweist, wie schmackhaft ihr das große Ei des Ministers ist. (17. 3. 97.)

Vom Vorstande der Allgemeinen Orts-Krankenkasse 2c. erhalten wir folgende Zuschrift: In der ersten Beilage des "Vorwärts" Nr. 145 befindet sich ein Artikel, der sich mit einem angeblichen Uebelstande in dem Bureau der Allgemeinen Orts-Krankenkasse gewerblicher Arbeiter und Arbeiterinnen, Prenzlauerstr. 46, befaßt. Der Vorstand vorgenannter Krankenkasse ist sehr gern bereit, Mißstände, welche zu seiner Kenntnis kommen, so schnell als möglich abzuheben, und hat zu diesem Zweck die Adressen seiner Vorstandsmitglieder durch gedruckte Plakate in den beiden Bureau's bekannt gegeben, welche werden entgegenzunehmen. Was den Artikel in Ihrem werthen Blatte selbst betrifft, so theilen wir Ihnen mit, daß in unseren beiden Bureau's Prenzlauerstr. 46 und Adalbertstr. 94 Wasserleitung vorhanden ist; jedoch nicht im Bureau sondern in einem an die Bureau's anschließenden Nebenraum, der jedem Anwesenden frei zugänglich ist. Achtungsvoll Der Vorstand der Allgemeinen Orts-Krankenkasse gewerblicher Arbeiter und Arbeiterinnen zu Berlin. Im Auftrage Hermann Sogsa.

Die späte Beendigung der Reichstagssession trifft die Mehrzahl der im Reichstagsgebäude angestellten Unterbeamten und Diener recht hart. Wie nicht allgemein bekannt sein dürfte, sind diese Männer, wie die "Volks-Ztg." schreibt, mit geringen Ausnahmen nur auf Diäten angeestellt. Zumeist sind es Handwerker im Hauptberuf. Während die Session bei Beginn der heißen Jahreszeit geschlossen worden, so hätten sie größtentheils wohl Beschäftigung gefunden, ob sie jetzt solche finden, ist mindestens fraglich. — Da diese Angestellten jederzeit zur Verfügung stehen müssen und für ihren schweren Dienst ohnehin nicht sehr hoch bezahlt werden, dürfte es sich empfehlen, ihnen wenigstens das volle Monatsgehalt auszugeben. Die kleine Befahrung kann die Reichskasse schon vertragen in dem Hause, wo angeblich Sozialpolitik getrieben wird und wo ungezählte Millionen für militärische Zwecke veranschlagt werden.

Zur Frage der Dampffesselrevision. Das Polizeipräsidium theilt mit: Der Herr Minister für Handel und Gewerbe hat unter dem 15. März d. J. eine neue Anweisung zur Genehmigung und Untersuchung der Dampffessel erlassen, welche am 1. April d. J. in Kraft getreten ist. — Diese Anweisung bestimmt, daß hinfür für die regelmäßig wiederkehrenden technischen Untersuchungen nach Abschnitt II der neuen Gebühreordnung feste Jahresgebühren zu erheben sind, und daß als Revisionsjahr an Stelle des Kalenderjahres das Stabsjahr getreten ist. Bei der Erhebung für das kommende Rechnungsjahr sind auch die Refessel zu berücksichtigen, die in der Zeit vom 1. Januar bis 31. März d. J. einer regelmäßigen technischen Untersuchung unterworfen waren. Die hierfür nach der bisherigen Gebühreordnung gezahlten Beträge bedingen keinen Gebühreerlass. Nähere Auskunft ertheilt die Gewerbe-Inspektoren.

Von der Postfahr-Gesellschaft. Ein Leser schreibt uns: Bis zum heutigen Tage war ich der Ansicht, daß eine Karte mit eingedruckter 2 Pfennig-Marke 2 Pf., ein dito Kartenbrief 3 Pf., also auch ein Streifenband mit eingedruckter 1 Pfennig-Marke 1 Pf. koste. Dem ist aber nicht so. Wie mir heute der Leiter der Filiale in der Waldorferstraße klar bewies, kostet eine 1 Pfennig-Marke wohl 1 Pf., aber 100 Streifenblätter mit eingedruckter 1 Pfennig-Marke 1,20 M., weil doch das Papier auch bezahlt werden müsse. Jede Erklärung hierzu ist wohl überflüssig.

Eine edle Dreistigkeit übt die "Märkische Volkszeitung". Das katholische Blatt schilt auf die Maurer, welche das "Katholische Vereinshaus" in der Niedermärkerstraße bauen. Die Arbeiter haben am "Frohnleichnamstag", der bekanntlich kein gesetzlicher Feiertag ist, auf Geheiß der katholischen Bauleiter feiern müssen und verlangten natürlich den Arbeitslohn, den die Herren ihnen für diesen Tag von Geheiß wegen schuldeten. Der Arbeitslohn wurde ihnen aber verweigert. Nun macht das Blatt nicht die Bauleiter auf den Spruch von Jesus Strauch aufmerksam, wonach der Mann, der den Arbeitern ihren Lohn nicht giebt, ein Bluthund ist, sondern es schilt auf die Arbeiter, weil diese verlangten, was sie von Rechts und Geheiß wegen zu fordern hatten. Weiter polemisiert das Blatt, weil die Arbeiter in einer Versammlung bauliche Mißstände zur Sprache brachten, die angeblich nicht bestehen sollen. Possentliche beschämten die Bauleiter in der Stille, daß sie schwer im Unrecht sind, die Zeitung, die angeblich ihre und die katholischen Interessen fördern will, und lassen es nicht dahin kommen, daß die Maurer erst vor dem Gewerbegericht ihr Recht suchen müssen.

Bezüglich der Unterbringung von Reisenden in höheren Wagenklassen wegen Ueberfüllung ist seitens der Eisenbahnverwaltung folgende Anordnung ergangen: Im verfloffenen Jahre

sind während des kärteren Reiseverkehrs wiederholt Fälle vorgekommen, in denen Reisende eigenmächtig wegen Ueberfüllung in einer höheren Wagenklasse Platz genommen haben, obwohl ihre Fahrkarten nur für eine niedere Wagenklasse lauteten; die zeitweise Unterbringung von Reisenden in einer höheren Wagenklasse bei Platzmangel darf nur durch das zuständige Eisenbahn-Personal angeordnet werden. Reisende, welche hiergegen verstoßen, sind als solche, welche ohne gültige Fahrkarte betroffen werden, zu betrachten und nach § 21 Absatz 2 der Verkehrsordnung zu behandeln, d. h. sie müssen für die ganze zurückgelegte Strecke, mindestens aber 6 M. nachzahlen.

Zur Sperrung des Theaters Unter den Linden durch die Berliner Musiker erfährt das "Berl. Tgbl.", daß das Zentralkomitee des Vereins Berliner Musiker sich bereit erklärt hat, die durch seine Beschlässe geschädigten organisierten Berufskollegen für die ganze Dauer des Kontrakt, mit Ausnahme der Ferien, aus der Vereinsliste zu entschuldigen. Gleichzeitig gaben die Mitglieder des Theater-Orchesters die Erklärung ab, daß sie sich auf Ehrenwort verpflichten: 1. die über das Uebeltheater verhängte Sperrung nach wie vor aufrecht zu erhalten und nach Kräften zu fördern; 2. ihre Solidarität insofern zu bekunden, daß kein einzelner Musiker allein, sondern nur das ganze Orchester zusammen zu den allen Preisen wieder Kontrakt im Uebeltheater machen darf. Infolge der Weigerung des Orchesters, zu erniedrigten Sätzen zu spielen, wurden die Sommerferien des Uebeltheaters Unter den Linden, statt wie gewöhnlich auf zwei Monate, diesmal auf ein volles Vierteljahr festgesetzt. In Musikerkreisen wird mit Interesse darauf geseht, daß die Einigkeit der derzeitigen Orchestermmitglieder und das Fernhalten jedes Zugangs die Direktion zur baldigen Zurücknahme der angeordneten Maßregel veranlassen wird.

Gegen die Leichtfertigkeit solcher Leute, die sich in Anderbooten auf Wasser wagen, ohne von Rudern etwas zu verstehen, will jetzt die Polizei einschreiten. Am Sonntag befand sich in der Nähe von Wilhelmshafen ein von acht Personen besetztes und für sechs abgenommenes Mietsboot auf dem Wasser, dessen Insassen nicht richtig zu rudern verstanden. Die Leute trieben das Fahrzeug direkt in die Fahrlinie eines kleinen Privatdampfers und nur durch die große Aufmerksamkeit des Führers des letzteren konnte ein Unglück vermieden werden. Durch die Mannschaften eines in diesem Augenblick vorbeifahrenden Polizeidampfers wurden die unvorsichtigen Fahrer aus Land geschafft, die Personalle der sämtlichen Insassen festgehalten, und diese dürften gleich dem Bootverleiher eine Strafe zu gewärtigen haben. — Große Aufregung verursachte am Sonntag ein Bootsturz, durch welchen leicht eine größere Katastrophe hätte hervorgerufen werden können. Ein von acht Personen besetztes Privat-Ruderboot passierte gegen 2 Uhr nachmittags die Brücke der Obersee bei Niederschönweide und fuhr infolge falschen Steueris gegen einen Wallen an. Das Fahrzeug legte sich infolge des Anpralls quer unter das Brückenjoch, in demselben Augenblick, als der Sternedampfer "Prinz Wilhelm" heranfuhr. Obwohl der Kapitän des letzteren sofort Kontrebampf geben ließ, fuhr das Dampfschiff doch gegen das Boot an und durchschnitt dasselbe. Der Polizeidampfer, der sich in unmittelbarer Nähe der Unfallstelle befand, eilte sofort hinzu und es gelang der Besatzung desselben, unterstützt von den Mannschaften des Sternedampfers, sämtliche acht Personen, die sofort in den Fluten untergegangen waren, zu retten. Die Leute wurden zunächst nach Niederschönweide gebracht und konnten sich, ohne Schaden genommen zu haben, am Abend nach Berlin zurückbegeben.

In Transvaal am Kurstättendamm ist jetzt ein kleiner Junger erkrankt, der zwölfjährige Knabe Ramfam, den der Vater gestern Abend mit einer Droschke in ein Krankenhaus brachte. Es scheint, daß ihm das Klima nicht bekommt.

Arbeiter-Sanitätskommission. Wir erhalten folgende Zuschrift: Unter der Ueberschrift "Arbeiter-Sanitätskommission" richten Sie in betreff der Zustände auf dem Grundstück Chausseestraße 89 die Mittheilung, daß unter anderem auch ein Gasmotor bis zehn oder elf Uhr abends ruhestörenden Lärm verurache. Dieses ist unrichtig. Der Gasmotor geht höchstens bis spätestens 8 Uhr. Wenn der Motor länger als 10 Uhr ginge, so würden sich die Nachbarn wohl beschweren. Max Levy, Buchbinder.

Der Affizient des meteorologischen Instituts Dr. Berson, der Sonntag Nachmittag 5 Uhr vom Sportpark Friedenau aus aufgestiegen war, ist mit seinem Ballon am Abend 7 Uhr 20 Min. sehr gut in Wassermark gelandet.

Am Freitag, 25. Juni, ist bei Ruffein in Tirol der 25jährige cand. rer. techn. Bruno Magnus aus Berlin durch Absturz in den Bergen verunglückt und gestorben. Die Leiche wird zur Bestattung hierher gebracht.

Ein Gelübde hat die zwanzigjährige Schneiderin Martha Sch. zum Selbstmord getrieben. Das junge Mädchen war seit Jahresfrist mit einem Kaufmann G. verlobt und im Herbst sollte die Hochzeit stattfinden. Vor etwa drei Wochen erkrankte der Bräutigam, der sich auf einer Geschäftsreise in Stettin befand, und verstarb am Sonnabend Morgen. Durch ein Telegramm wurde die Sch. von dem Tode in Kenntnis gesetzt und die Verzweifelte scheint vom ersten Augenblick an, daß sie die Trauerhochzeit erbielt, den Entschluß gefaßt zu haben, sich das Leben zu nehmen. Sie bat ihre Wirthin, sie einige Stunden ruhen zu lassen, da sie abends nach Stettin fahren wolle, um den Geliebten vor der Beerdigung noch einmal zu sehen. Als eine halbe Stunde später eine Verwante der Sch. erschien, um die Trauernde zu trösten, fand sie die Thür zu dem Zimmer des Mädchens verschlossen. Da sie wiederholte Mauthse keine Antwort erfolgte, wurde die Thür gewaltsam erbrochen. Auf dem Bett lag blutüberströmt die Sch.; sie hatte sich die Pulsadern aufgeschlitten und gab nur noch schwache Lebenszeichen. Auf dem Tisch lag ein an die auswärtig wohnende Mutter ihres Bräutigams gerichteter Schreiben, in welchem die Sch. als Grund ihres Todes angab, sie wolle sterben, da sie dem Geliebten doreinst versprochen, im Falle seines etwaigen Ablebens ihm bald in das Jenseits zu folgen. Die schwer Verletzte wurde nach einem Krankenhaus überführt.

Arbeiterriß. Auf einem Reuben ist am Montag Morgen um 7¹/₂ Uhr am Weidenbäum der 29 Jahre alte Arbeiter Friedrich Schmollitz, der in der Lüderstraße 46 in Schloßstrasse wohnt, verunglückt. Der Mann glitt mit einer Leiter aus, stürzte ab und zog sich eine Mißwunde am Hinterkopf und eine Quetschung des Sedens zu. Ein Arbeitsgenosse brachte ihn in ein Krankenhaus.

Die Soubrette Fräulein Henry Schmidt vom Friedrich-Wilhelms-Theater hatte am Sonnabend Mittag das Unglück, sich auf der Fahrdrabungsbahn "Olympia" in der Alexanderstraße durch allzu schnelles Fahren den linken Fuß zu brechen.

In einer fessamen Blutvergiftung ist am Sonntag Vormittag der frühere Theaterkassier des Victoria-Theaters Prechtlin gestorben. Der etwa fünfzigjährige Mann hatte sich am Sonnabend Vormittag selbst rasirt und sich am Halse eine kleine Schnittwunde zugefügt; da eine schwache Blutung eintrat, so klebte er die verletzte Stelle mit einem Stückchen Zeitungspapier zu. Wenige Minuten später mußte er entsetzlichen Schmerzen halber einen Arzt hinzurufen, der hochgradige Blutvergiftung konstatierte, ohne jedoch heilen zu können. Am Sonntag Vormittag ist er seinen furchtbaren Leiden erlegen.

Die Feuerwehre wurde von Sonnabend Abend bis Montag früh nicht weniger als achtzehnmal gerufen. In der Berliner Unionsbrauerei, Hofenstraße 22, brannte am Sonnabend Abend kurz vor 8 Uhr Hopfen. Auf der Feisingbrücke hatte man Stroh angezündet, und auf der Reichsbrücke war der Staub zwischen dem Wollenbelag in Brand geraten. Am Sonntag Nachmittag um 4¹/₂ Uhr entzündete sich in der Eisengießerei von Gebr. u. Ko., Wienerstr. 36a, ein Ballon mit einer leicht krennbaren Flüssigkeit. Abends nach 8 Uhr stürzte in der früheren Alexanderstraße gegenüber der Magazinstrasse, die Decke eines Zimmers ein. Eine Frau, die sich darin anhielt, wurde verletzt und mußte einem Arzt übergeben werden. In allen übrigen Fällen

handelte es sich um kleine Brände, die schnell gelöscht werden konnten.

Selbstmordversuch eines Lehrlings. Angeblich wegen schlechter Behandlung durch seinen Lehrherrn versuchte am Sonnabend der Konditor-Lehrling H. sich das Leben zu nehmen, indem er zunächst eine aufscheinend geringe Menge Wausäure trank und sich dann eine Ader auf der Oberfläche der linken Hand durchschnitt. Nachdem ein Arzt die erste Hilfe geleistet hatte, wurde H. in ein Krankenhaus gebracht.

Von einer Droschke überfahren wurde am Montag Abend kurz nach 6 Uhr ein taubstummer Mann, als er den Fahrdamm der Weinmeisterstraße überschreiten wollte. Man brachte ihn anscheinend erheblich verletzt in ein Krankenhaus.

Von einem neuen Desinfektionsmittel, das als billig und besonders wirksam bezeichnet wird, berichtet die Blätter. Die Chemische Fabrik Rodde's Kreuz, Markgrafstr. 12/13, welche das Mittel herstellt, nennt es Holz in und die neue Anwendungs-Methode soll darin bestehen, daß Holz in Dampfform Bohrräume, Schulzimmer und Krankenzimmer zu desinfizieren, ohne daß, wie beim Desinfizieren mit Wasserdampf, die desinfizierten Gegenstände zerstört und vernichtet werden oder zum mindesten großen Schaden erleiden. Ob die gerühmten Vortheile dem Mittel wirklich anhaften, entzieht sich natürlich unserer Kenntnis.

Theater. Im Schiller-Theater findet heute die vorletzte Vorstellung vor den Herren statt, zur Aufführung kommt der Schwank "Mit Bergknägen" von Moser und Windt.

Orgekkonzert. Der bei freiem Eintritt Mittwoch, den 30. Juni, mittags 12 Uhr in der Marienkirche stattfindende Orgelkonzert wird durch Frau Cnaden-Danzhäuser, Herrn Opernsänger Albert Richter und Herrn Arthur Rösch unterstützt.

Wie wir hören, ist es den Leitern der populärwissenschaftlichen Sonntags-Nachmittags-Vorstellungen, Herrn Dr. Köpcke und Dr. Schmidt, gelungen, mit der "Gesellschaft Urania" einen Vertrag abzuschließen, daß den genannten Herren der Theateraal der Urania in der Invalidenstr. 37 wöchentlich an zwei Abenden — Mittwoch und Sonntag — von 8 Uhr ab zur Verfügung steht für die von ihnen veranstalteten Projektionsvorträge über neuere Kunst und Kultur. Eine Reihe namhafter Redner ist schon gewonnen.

Aus den Nachbarorten.

Das Schauspiel eines Waldbrandes bot sich am Sonntag den Besuchern des Karlsberges in Grunewald. Auf welche Weise das Feuer entstanden war, konnte man nicht feststellen, da das Publikum erst hinzulam, als der Brand schon ziemlich weit um sich gegriffen hatte. Anscheinend brannte zuerst das dürre Gras, mit dem der Karlsberg größtentheils bedeckt ist, und das infolge der lang andauernden Trockenheit und der starken Hitze der letzten Tage dem Feuer eine vortheilhafte Nahrung bot. Wir hatten hier einen "Prairiebrand" in verkleinertem Maßstabe. In kurzer Zeit war ein großer Theil des Rasens ein Raub der Flammen geworden, die mit ungeheurer Schnelligkeit um sich griffen und auch bald eine Schöpfung junger Kiesern erfaßt hatten. In wenigen Sekunden schoß eine meterhohe Flammenfäule unter lauten Knistern und Prasseln in die Höhe. Gewaltige Massen von Qualm und Rauch verfinsterten buchstäblich den Himmel und entzogen den Zuschauern den Ausblick nach der Gavel. In der Nähe der Brandstätte war zufällig eine Anzahl vaterlandslieferer Gefellen anwesend, welche im Verein mit anderen Spaziergängern sich alle erdenkliche Mühe gaben, um der weiteren Ausbreitung des Feuers zu wehren. Thatsächlich gelang es denn auch, das Feuer in einem großen Theil seines Umkreises zum Erlöschen zu bringen. Inzwischen war auch anderweitige Hilfe gekommen: anscheinend Arbeiter und Bauern aus dem gegenüberliegenden Gatow. Gegen dreißig Mann stark griffen sie theilhaftig von der Wasserseite her das Feuer an und nach ungefähr dreiviertelstündiger anstrengender Arbeit, bei der sie immer vom Publikum unterstützt wurden, glückte es ihnen wirklich, das Brandes gänzlich Herr zu werden. Ganz zuletzt, als alles vorbei war, erschienen auch zwei Gondarnen und eine Viertelstunde nach ihnen der Förster. Im übrigen beweist dieser Waldbrand, wie gefährlich das Raschen und das Anstecken von Streichhölzern im Grunewald ist; denn daß auf solche Weise der Brand am Sonntag entstanden, erscheint zweifellos.

Kirschbaumkrankheit. Die amtliche "Berl. Korr." schreibt: „In einem weiten Gebiete der Provinz Brandenburg, sowie auch in Posen und Westpreußen ist in diesem Frühjahr das Auftreten einer gefährlichen Kirschbaumkrankheit festgestellt worden. Dasselbe bedingt vornehmlich Sauerkirschen und macht nicht nur die Bäume ertraglos, sondern droht sie auch zu zerstören. Bisher für eine mit Frostwirkung im Zusammenhang stehende Erscheinung gehalten, ist die Krankheit neuerdings von der Wissenschaft als rein infektiöse, durch den Pilz Monilia fructigena hervorgerufen festgestellt. Sie giebt sich in einem raschen Braun- und Trockenwerden der Wästenbischel und in einem Fortschreiten des Absterbens auch der Tragweige zu erkennen und bedeutet bei ihrem ansiehenden Charakter eine ernste Gefahr für den heimischen Obstbau. Zur Bekämpfung der Krankheit ist nicht nur das kranke Holz, soweit möglich, herauszuschneiden und zu verbrennen, sondern es sind auch die Baumkrönen im Herbst nach Abfall des Laubes kräftig mit Kupfervitriol-Kalkbrühe zu besprühen, welche letztere Maßnahme im Frühjahr darauf vor dem Öffnen der Knospen zu wiederholen bleibt, ein Verfahren, welches weder erhebliche Kosten, noch praktische Schwierigkeiten verursacht.“

Zu dem Familiendrama in Pankow wird gemeldet, daß der in der Scholms'schen Anstalt internirte Bauunternehmer Schimpfe auf seinen Geisteszustand untersucht worden ist. Dabei ist der Abgicht zu dem Resultat gekommen, daß Schimpfe zwar sich in großer Aufregung befindet, die im allgemeinen auf seinen gewaltthätigen Charakter zurückzuführen sein dürfte, daß er sonst aber geistig gesund ist. Sobald sein Zustand ein ruhigerer geworden sein wird, soll er als Untersuchungsgefangener nach Moabit abgeführt werden. Die Leichen der Frau Schimpfe und ihrer beiden Söhne Walter und Willy sind zur Beerdigung freigegeben worden.

Eine Neu-Eintheilung der Katasteramts-Bezirke tritt mit dem 1. Juli d. J. für den Kreis Teltow ein, und zwar in der Weise, daß der Bezirk des Katasteramtes Berlin II unter Hinzunahme von Theilen der Katasteramts-Bezirke Berlin III und Charlottenburg getheilt wird, und zwei neue Katasteramts-Bezirke Berlin VI mit dem Amtsbezirk in Berlin und Groß-Lichterfelde mit dem Amtsbezirk desselben errichtet werden. Demgemäß gehören vom 1. Juli ab zu den Katasteramts-Bezirken: Berlin II die Gemeinden: Friedenau, Schöneberg, Wilmersdorf, Schmargendorf, Grunewald-Kolonie (Gut) und Spandau, König Post (Gut); zu Berlin VI von den Vorortgemeinden: Nixdorf, Brix, Tempelhof, Treptow und Mariendorf mit Sadenbe; endlich zum Katasteramts-Bezirk Groß-Lichterfelde unter anderem die Vororte Steglitz, Zehlendorf, Groß-Lichterfelde, Sankowitz, Wannsee (Gut) und die Kreisstadt Teltow.

Wegen eines Sittverbrechens, das er an einem 12jährigen Mädchen begangen hatte, ist der 33jährige Tischler Koch aus der Gräfstraße 14 zu Nixdorf gestern verhaftet worden.

Eine erhebliche Verletzung zog sich am Sonntag Nachmittag ein Radfahrer im Forst bei Dirschgarten zu, welcher die Waldung durchfuhr. Der Fahrer, der auf einem zwischen den Bäumen sich durchschlangenden Fußgängerweg dahin sauste, wollte Spaziergänger ausweichen und streifte hierbei einen Baum; infolge dessen stürzte die Maschine um und der Radfahrer schlug mit solcher Gewalt gegen den Stamm einer Linde, daß er bestimmungslos liegen blieb. Durch nachkommende Freunde wurde der Verunglückte, der sich an Ort und Stelle nicht zu erholen vermochte, nach Dirschgarten und von dort mittels eines Kramers nach einem Krankenhaus in Berlin gebracht.

Ein furchtbares Unwetter, verbunden mit starkem Hagelschlag, hat am vorigen Freitag den Oberbruch und namentlich die Gegend von Freienwalde heimgesucht. Durch den Hagelschlag, welcher Hagelkörner von 2-3 cm Stärke mit sich brachte, sind allein einem Wärter über 5000 Scheiben eingeschlagen worden, abgesehen von dem enormen Schaden, der an den Pflanzen entstanden ist.

„Koteletten-Karl“ soll der Droschkenkutscher Karl Hoffmann den Schuhmann Wille gegeben haben, weshalb sich der...

Der traurige Ausgang eines unglücklichen Eherges führte gestern den Schlächtermeister Paul Eichler, den Sohn des bekannten Schlächtermeisters Gustav Eichler in der Kaiser Wilhelmstraße...

Unter Aufsicht der Oeffentlichkeit wurde gegen den Kaufmann und Hausbesitzer Ludwig Witan vor der III. Strafkammer des Landgerichts I verhandelt.

Unter dem Titel „Allgemeine deutsche Gewerbetheile“ wurde im vorigen Jahre eine Zeitschrift gegründet, welche sich nur eines kurzen Bestehens erfreute.

Eine neue Schwurgerichtsperiode des Landgerichts I begann gestern unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Folgt mit der Verhandlung einer Anklage wegen schweren Raubes.

würden, wenn sie den Angestellten vor dem Zuchthause bewahrt. Die Frage in betreff der mildernden Umstände wurde verneint.

Der vielfache Hauseigentümer und Rittergutsbesitzer v. Westernhagen hatte an einem seiner Grundstücke eine Dampfmaschine aufgestellt, welche elektrisches Licht zur Beleuchtung der Flure...

Versammlungen.

Der Verband der Graveure, Ziselerre und verwandter Berufsangehörigen Deutschlands hielt am Sonntag und Montag in Berlin seine erste Generalversammlung ab.

An den Geschäftsbericht des Vorstandes, den der Verbandsvorsitzende Bräuner erstattete, knüpfte sich eine kurze Debatte, dann legte der Kassirer Rechnung über die Kassenverhältnisse.

In der Sitzung am Montag erstattete der Redakteur des Verbandsorgans den Geschäftsbericht bezüglich desselben. Darin knüpfte sich eine längere Debatte über die prinzipielle Haltung des Organs.

Hierauf folgte die Verastung einer Reihe auf Statutenänderung gerichteter Anträge ohne prinzipielle Bedeutung.

Arbeiter-Bildungsschule. Die Bibliothek in der Nordstraße 23...

Arbeiter-Fängerband Berlin und Umgebung. Vorsitzender Hr. Neumann...

Arbeiter-Bund Berlin und Umgebung. Vorsitzender Hr. Neumann...

Arbeiter-Verein für volkthümliche Wissenschaft. Heute Abend 8 1/2 Uhr...

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Drehestunde findet Montags, Dienstags, Freitags und Sonnabends, abends von 7-8 Uhr statt.

Table with 6 columns: Stationen, Barometerstand in mm, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temperatur nach Celsius.

Weiter-Prognose für Dienstag, den 20. Juni 1897. Ziemlich heiter und sehr warm bei schwachen südlichen Winden.

Achtung! 6. Wahlkreis. Achtung!

Dienstag, den 20. Juni, abends 8 Uhr, im Köllner Hof, Köllnerstrasse No. 8.

Gr. öffentl. Volksversammlung. Tages-Ordnung: 1. Fortsetzung der Diskussion über die Frage: „Beistehen wir und an den Landtagswahlen?“

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Dienstag, den 29. Juni.
Neues fgl. Operntheater (Kroll).
Die Bohème. Schantzen im Bremer Rathhause 7 Uhr.
Berliner. 3 Jungferngift. 7 1/2 Uhr.
Leffing. Die Geisha. 7 1/2 Uhr.
Schiller. Mit Vergnügen. 8 Uhr.
Welter. Der Wasserdampf. 8 Uhr.
Neues. Parallele. 7 1/2 Uhr.
Friedrich. Wilhelmshändelisches.
Reichmann's Kriegs-Abenteuer im Orient. 8 Uhr.
Reichens. Der Unterprekelt Vorher: Rusotte (II. Akt) 7 1/2 Uhr.
Belles Alliance. Spezialitäten. Anfang 8 Uhr.
Alexanderplatz. Verkauflicher Werth. Anfang 8 Uhr.
Ostend. Unsere Reichspost. 7 1/2 Uhr.
Vols. Bon Stufe zu Stufe zum Schluss: Das Best der Handwerker. 8 Uhr.
Apollo. Venus auf Erden. 8 Uhr.
Passage-Panoptikum. Die Kinder der Wüste.

Schiller-Theater (Wallner-Theater).
Dienstag, abends 8 Uhr: Vorlesung: Vorstellung vor den Ferien: Mit Vergnügen.
Mittwoch, abends 8 Uhr: Letzte Vorstellung vor den Ferien: Bürgerlich und Romantisch.

Ostend-Theater.
Gr. Frankfurterstr. 132. Dir. G. Westl.
Unsere Reichspost.
Durchschlagender Erfolg. Anf. 8 Uhr.
Im Garten:
Spezialitäten ersten Ranges. 11 a.: Hugo Schulz.
Anfang 5 1/2 Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung

Vols-Theater
31. Reichenberger-Strasse 31.
Abends 8 Uhr:
Von Stufe zu Stufe.
Lebensbild u. Gesang in 5 Bildern von Dr. G. Müller. Musik von A. D. G. Vor der Vorstellung von 6 1/2 Uhr ab:
Garten-Konzert.
Entree 30 Pf. bis 3 W.
Morgen: Goyenraths Erben.

Apollo-Theater und Konzert-Garten.
Otto Reutter
mit seinen aktuellen selbstverfassten Komplexen.
Um 9 Uhr:
Venus auf Erden.
Bürotheatralische Operette in 1 Akt u. 1 Akt von G. Felsch.
Musik von Fritz Seifert.
Jeden Sonntag, Montag, Dienstag und Donnerstag im Saale:
Grosser Ball.

Der Kinetograph
mit neuer Bilder-Serie.
Auftritt hervorragender Spezialitäten.
Kassendruckung 6 1/2 Uhr. Konzert 7 Uhr.
Anfang der Vorstellung 8 Uhr.

W. Noack's Theater
Brunnen-Strasse 10.
Täglich:
Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung.
Berliner Wäschermädel.
Bürste mit Gelang und Tanz von W. Gerike.
Großer Beifall! Großer Beifall!
Neu! Die Zirkussee. Neu:
Operette in 1 Akt von G. Felsch.
Musik von Fritz Seifert.
Jeden Sonntag, Montag, Dienstag und Donnerstag im Saale:
Grosser Ball.

Puhlmann's Vaudeville-Theater
Schönhauser Allee 148.
Kassanien Allee 97-99.
Täglich:
Mannschaft an Bord.
Komische Operette in 1 Akt.
Amelia Bland. Veranbahnungs-
Soubrette. **Paul Petras.** Genial-
jongleur. **Martinus.** Gelang-
u. Tanz-Duetisten. **Barbarina.**
Ball-Geübte. **Mizzi Braun.**
Kostüm-Soubrette. **Geb. Harry**
und **William Latoune.** Picoles-
Theater. **Geschw. Morie.** die
Blanceten. **Ed. Arthur Martin.**
Humorist. **Little Charles.** La-
winenstanz. **Metzky Troupe.**
Miniatur-Aktodaten.

Reichsgarten
Friedenstrasse 20
(Ede Bäckstraße).
Täglich:
Grosses Frei-Konzert.
Die Kassefüche ist täglich, auch
Sonntags, von 2 Uhr ab geöffnet.
H. Koslowsky.

Konzerthaus Sanssouci,
Kottbuserstr. 4a. Ans. G. Pierry.
Täglich:
**Gr. Garten-Konzert und
Vorstellung.**
Stets wechselndes Programm. — Alle
Tage Robitäten! — Heute: **Des
Löwen Erwachen.** Morgen:
Ballhausanna etc. etc.
Anfang 8 Uhr. — Entree 30 Pf.
Passo-partouts gelten.

Urania,
Tauben-Strasse 48-49.
Naturhistorische Ausstellung
täglich geöffnet von 10 Uhr vorm. ab.
Eintritt 50 Pf.
Wissenschaftl. Theater abends 8 Uhr
Jugendkonz. 67/68 (Vehrer Stadt-
Parkhof): Täglich von 8 Uhr nach-
mittags ab bis 10 Uhr abends Stern-
warre und Wandpanorama. Eintritt
50 Pf. Röhres die Tagesanmeldung.

**Passage-
Panopticum.**
30
**Kinder
der
Wüste.**
Bedauern, Derwische,
Schlangen-
beschwörer, Bauch-
tänzerinnen etc.
Vorstellung
12. 5, 7, 9 Uhr.

**Castan's
Panopticum.**
Neu! Die elektrisch
belebten
und künstlich
sprechenden
Neu! Menschen.
Neu! und hochkomisch!

Viktoria-Brauerei
(Garten resp. Saal)
Lützow-Strasse 111/112
nahe Potsdamer Platz.
Heute sowie täglich:
Steffner Sänger
(Mehel, Vietro,
Britton, Steidl,
Krone, Nohf,
Schneider
und Schrader.)

Zum Schluss, anderer Robitäten
wegen nur noch diese Woche:
Ein vergnügter Wahltag.
Anfang präzis 8 Uhr.
Entree 50 Pf.
Im Vorderhof Billets à 40 Pf.
und Familienbillets à 1 W.

M. Ewald,
N., Bernauerstr. 95,
empfehle sein Weib: u. Bayerisch-
Bier-Lokal nebst gr. Bier- und
Vollkorn-Küche. Jeden Sonntag
paßend auch für Familien. 20182*

Schweizer Garten.
Am Königsthor. Am Friedrichshain.
Täglich: Theater und Spezialitäten.
Troupe Grigolatis, Tänzer und Harmoniker. **Emmy Dahl**
und **Carla Walton.** Chansonetten-Sängerinnen. **Theod. Lippardt,**
Tanzhumorist. **Geschw. Tilly.** Gelang- und Tanzduettistinnen.
Dähn & Waide, Spielduettisten. **The Buffalos,** Excentrics etc.

Ostbahn-Park
Rüdersdorferstr. 71. Am Köstringer Platz.
Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.
Garten-Konzert von der 20 Mann starken Handkapelle
unter Leitung des Musikdirektors **Herrn Otto Görner.**
Kasseneüche 2 bis 5 Uhr. — Volksbelustigungen aller Art.
4 Kegelbahnen. Gute Biere, ausgezeichnete Küche.
Entree: Sonntags 30 Pf., Kinder 10 Pf. **H. Jmbs.**

Brauerei-Ausschank der Brauerei Stralau
Oeconomie: Birkholz & Mittag.
Jeden Sonntag und Donnerstag:
Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.
Garten-Konzert der 20 Mann starken Handkapelle.
Im Saale: **Grosser Ball** bei gänzlich freiem Entree.
Sport- und Ruderboote in gr. Auswahl stehen zur Verfügung.
Kaffeeküche v. 2-7 Uhr. Volksbelustigungen jeder Art.
3 verdeckte Kegelbahnen. Gute Biere, aus-
gezeichnete Küche zu soliden Preisen. Birkholz & Mittag.

Hurray! Hurray! Jetzt ist der Emil da!
In Friedrichshagen war nicht zu wollen, vielleicht ist Abalbertstr. 99
was zu holen. Speien und Getränke in bester Qualität! Jeder ist wil-
kommen! Frach darf keiner machen — nicht in die Tüte!
Emil Jost, Abalbertstr. 99, am Kottbuser Thor.

Actien-Brauerei
Friedrichshain.
Heute
Dienstag:
**Gr. Militär-
Frei-Konzert.**
Programm
unentgeltlich.

Deutsch. Vortier
Dessert- u. Malztrafbeerl. 1. Rang.
Brauerei Burghalter, Potsdam
gegr. 1736, bei J. Seltarne, Brühkrante
Bier. Woch.
Nietow 2c d leicht
bestimm. nähr-
kräftigste Bier —
36 Grad (d. bei 10
best. Gewicht) u.
Gewichtsumnahme
über 14 Grad
drei, 50 gem. M
erl. In Geb. 1/2
1/2, 1/2 z. Selbst-
ab. weicht bill
Klein. Verändert
Porterlieferer.
Ringler.
Berlin, Pren-
nauerstr. 152.
Nicht-Brodenzahl
— Anal entford.

Feuerstein's Festsäle
Alte Jakobstrasse 75
Juh. Martin Herzberg.
Grosse und kleine Säle zu
Versammlungen unentgeltlich, sowie
zu Sommer- u. Winterfestlich-
keiten b. koulanten Bedingungen.

Bahn-Atelier.
Künstl. Bahne in tadelloser Aus-
führung v. 3 W. Ploumen v. 2 W. an
Schmerzlos Bahnziehen mit Cocain,
Glacé, Chloroform und Lachgas
unter Leitung eines prakt. Arztes. Bei
Bestellung v. künstl. Bahnen Bahn-
ziehen, Bahneinrichtungen usw. u. Katen-
gehälte, Woche 1 W.
Guckel, Vauhier Platz 2,
Erfasserstr. 12, Steglitzerstr. 71.

Sophastoffe
auch **Reste**
in Nips, Damast, Crepe,
Phantasie, Gobelin und
Wisch (Postbillig) 16352*

6 Pfund Brot für 50 Pf.
Albrecht's Bäckerei,
Wrangelettr. 8. Langestr. 26.
Goldsteinstr. 28. Kaufstr. 2.
Photographien
Beste Ausführung. Billigste Preise.
Atelier Albert Elkes,
Ritter-Strasse 106. Ede Prinzenstr.

Beim bevorstehenden Monatswechsel
empfehlen sich folgende
Partei-Expeditionen:

Berlin vierter Wahlkreis O.: Robert Wengels, Frucht-
straße 30, Hof I — **SO.:** Fritz Thiel, Maljäger 35 v part —
Sechster Wahlkreis (Moabit): Karl Anders, Salzweber-
straße 8, part. im Laden — **Wedding und Oranienburger
Vorstadt:** Emil Stoenburg, Weihenstraße 14. — **Gesund-
brunn:** Wilhelm Gajmann, Grünhaldenstr. 64 — **Rosen-
thaler Vorstadt und Schönhauser Vorstadt:** Karl
Mars, Kasanien-Allee 95/96 — **Charlottenburg:** Gustav
Scharnberg, Bestallgeistr. 34. Quergasse part. — **Deutsch-Wilmers-
dorf:** Frau Köbler, Sigmaringenstr. 24 und Frau Heinemann,
Sigmaringenstr. 35 (Hier ist auch die „Brandenburgische Volkszeitung“ zu
erhalten). — **Rixdorf:** Obermann, Jägerstr. 70, II — **Schöne-
berg:** Wilhelm Bäumer, Beldjägerstr. 59. Seltenhöfstr. part. —
Johannisthal-Nieder- und Ober-Schöneeweide: Otto
John, Ober-Schöneeweide, Sternstraße 7, Zigarrengeschäft Annahme-
stellen: Nieder-Schöneeweide: Karl Weber, Zigarrengeschäft, Johannist-
thal; Senfelen, Restaurateur. — **Friedenau-Steglitz:** H.
Bernstein, Rixstraße 15 in Friedenau. Befehlungen nehmen entgegen in
Steglitz: H. Mohr, Doppelstraße 8, und Fr. Schellhase, Alhorn-
straße 15a.
Auch die in sämtlicher Parteiliteratur, sowie alle wissenschaftlichen
Werke dort zu haben. Auch werden Inserate für den „Vorwärts“
entgegen genommen.
Um genaue Angabe der Adresse wird
dringend gebeten.

Deutsch. Metallarbeiter-Verband
(Verwaltungsstelle Berlin).
Am Mittwoch, den 30. Juni 1897, abends 8 1/2 Uhr, im Louise-
kassischen Konzerthaus, Alte Jakobstrasse Nr. 37:

Branchen-Versammlung
der Gürtler, Drucker, Klempner, Schmittarbeiter,
sowie aller in der Lampenbranche beschäftigten Arbeiter
und Arbeiterinnen.
Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen **Theod. Metzner**
über: „Die Wichtigkeit der heutzutage Offenen Branchen“.
2. Diskussion. 3. Wahl eines Beirates zur Vereinigung oben genannter Branchen?
4. Wahl eines Beirates. 5. Verhandlungsangelegenheiten und Berichtendes.
Es ist Pflicht aller beteiligten Kollegen, für den Besuch dieser Ver-
sammlung zu agieren. 122/12

Achtung, Rabiß-Puher!
Am Mittwoch, den 30. Juni, abends 8 1/2 Uhr,
im Lokal des Herrn **Hoffmann, Alexanderstr. 27c:**
Große öffentliche Versammlung der Rabiß-Puher.
Tages-Ordnung:
1. Die Notwendigkeit der Organisation unter besonderer Berücksichti-
gung der Lohnbewegungen der kleineren Deutschlands. Referent **Kollege**
Dietrich. 2. Diskussion. 3. Wahl eines Delegierten zur Gewerkschafts-
Kommission. 4. Gewerkschaftliches. 289/1

Zimmerer!
Am Mittwoch, den 30. Juni, abends 8 Uhr, im Lokal des Herrn
Buske, Grenadierstrasse 33:
Versammlung der Platz-Deputierten.
Da in dieser Versammlung die weitere Diskussion über unsere neue
Lohnbewegung stattfindet, muß jede Arbeitshilfe vertreten sein.
Des weiteren machen wir bekannt, daß laut Beschluß
der Versammlung vom 23. Juni von dieser Woche ab der Beitrag
zum Agitationsfonds und Unterhaltungsfonds 50 Pf. beträgt und
die Beitragsgelder bis zum 15. Juli der Lohnkommission zur
Kontrolle vorgelegt werden müssen. 277/3

Wer-Stoff-hat
fertige Anzug, 20 W., feinste Materialien,
laubere Arbeit, 2 Anproben. **Engel,**
Münzstr. 26, part. Herrenanzugpreise
von 12 W. an. Gelegenheitskäufe.
Bettfedern, drei gereinigte
neue, vorzügl.
füllend, 1 Pfund
50, 70, 90 Pf. Halbduunen
Pfd. 1,10. Halbduunen, Silber-
hell, Pfd. 1,60. Duunen von vor-
zügl. Qualität (3 Pfd. genügen
5. größten Oberbett) Pfd. 2,75,
empf. das als streng reell bekannt.
1870 gegr. Spezial-Geschäft von
S. Pollack, Oranienstr. 61,
am Dorigplatz.

Rohrtabak
Größte Auswahl! Billigste Preise!
Guter Brand! Bestmögliche Qualität!
Zürnische
Fabrikations-Maschinen.
Neue Formen, sehr gr. Ausw.,
à 1,40 W. Man verlange Preis-
Verzeichnis. 19492*

Heinrich Franck,
Nr. 185, Brunnenstr. Nr. 185.
lanolinseife!
macht die Haut zart u. geschmeidig,
1 Stück Lanolinseife und ein reines
Handtuch nebst 1 l. 10 Pf. v. Woche.
Handtuch-Berleiht **H. S. Ragner,**
Neue Königsstr. 17.
Keinproch-Kant VII. Nr. 2087.

Die glückliche Geburt eines Sohnes
zeigen hocherfreut an.
Berlin, 27. Juni 1897.
Dr. Heinrich Braun u. Frau Ely,
geb. v. Kreiselman.

Codes-Anzeige.
Fretling, den 25. Juni, starb meine
Liebe Frau **Marie Koster** geb. Funf.
Die Beerdigung findet Dienstag,
den 29. d. M., nachmittags 4 Uhr,
von der Freikirchlichen Gemeinde,
Voppe-Allee, statt. **Karl Koster.**
Für die liebevolle Teilnahme bei der
Beerdigung meines lieben Mannes
Hermann Priemann
sage ich allen Verwandten, Freunden
und Bekannten sowie dem Zentrals-
verband der Wauer, den Kollegen,
insbesondere dem Gelangvereine „Prosa-
Kommune“ meinen verbindlichsten Dank.
Wwe. Agnes Priemann
2000 geb. Wäther

Für die nunige Teilnahme bei der
Beerdigung meines Sohnes **129048**
Max
sagen wir unseren herzlichsten Dank
Schwahnholth **Utke und Frau.**
Begen Erbgeregung
wird der Töpfergelehrte **Gustav**
Senske aus Sternberg in der
Reumarth gesucht. Zur Empfangnahme
des Geldes sollte derselbe sich bis
spätestens 16 Juli bei **Anna Sende,**
Sternberg i. d. Reumarth, melden.
Alle diejenigen Personen, welche den
r. Senke kennen, werden gebeten, den
Aufenthalt desselben an obige Adresse
anzugeben. 28906

Blumenhandlung
P. Abromeit, Berlin SW.,
Kranke, Bouquets, Topf-
gewächse, Guirlanden etc.
Billigste (Wartballe) Preise
bei geschmackvoller Ausführung.
**Kranzbinderei u. Blumen-
handlung von 16432***
Robert Meyer,
No. 2, Mariannenstr. No. 2,
Wilmund-Kränze, Guirlanden, Ball-
sträußchen, Bouquets etc. werden sehr
geschmackvoll und preiswert geliefert.

Wer Stoff hat
fertige Anzug, feinste Futterstoffe,
für 20 Mark an. 29023
Heymann, Schauffenstr. 26.
Mühlentstr. 8
nahe Oberbaum u. Waisenhauerstr.,
sind billige freundliche Holzwohnungen
vom 1. April zu vermieten. Röhres
beim Vermieter. 20252*

Charlottenburg, Christstr. 20, 5.
Bahn, Weiden, Paust, schon Laden
u. Bohn u. gr. Zell. 1. 460 W. z. v.
Mitbewohner zu fremd. möbl.
Zimmer gel. R. Reitzel, Branden-
burgerstr. 9, 3 Tr. I. 2895b

Arbeitsmarkt.
Achtung!
Küchenmöbel - Tischler.
Bei **Netzband, Anlamer-
straße 33.** sind Küchze angelegt.
Bestkäse können die Kollegen nach
Bezahlung der Arbeit auf
Zugang fernhalten! 106/2
Die Druckvermittlung
des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.
Ein tüchtiger

Ciselenr,
besonders in Erzeugung von Holz-
gehörten für gepoßene Stock-
und Saitenbrißsäge, erhält konstante
Arbeit und Gaud. Offerten sind zu
richten an
Goldberger & Comp.,
Metallwaarenfabr. in Ziegen b. Prag.
Gebte Glascheiter verlangt
Heckert, Wilmundstr. 82. 20724*